



Wilhelm Pieck spricht zur westdeutschen Bevölkerung auf dem Burgplatz in Essen am 20. Juli 1946



kratischen Staatsapparat ersetzt werden. Die Hauptlehre aber besteht darin, daß die Einheit der deutschen Arbeiterklasse herbeigeführt und gesichert werden muß.

Als nach dem historischen Befehl des Marschalls Shukow die Bildung und die Tätigkeit antifaschistisch-demokratischer Parteien in der sowjetischen Besatzungszone erlaubt wurden, wandte sich die Kommunistische Partei Deutschlands mit ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 an das deutsche Volk, in dem sie ein glühendes Bekenntnis zur Einheit der antifaschistisch-demokratischen Kräfte des deutschen Volkes ablegte. In diesem Aufruf verkündet die KPD:

„Erfüllt von der Erkenntnis des Ausmaßes der Katastrophe und den verhängnisvollen Folgen der bisherigen Spaltung des Volkes gegenüber Nazismus und Reaktion, bricht sich in Stadt und Land immer stärker der Drang zur Einheit Bahn. In Übereinstimmung mit diesem Willen des Volkes darf den Spaltern und Saboteuren der Einheit kein Zoll Raum für ihr verräterisches Werk gegeben werden. Notwendig ist die Schaffung einer festen Einheit der Demokratie für die endgültige Liquidierung des Nazismus und zum Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands ist der Auffassung, daß das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien dienen kann.

Wir sind der Auffassung, daß ein solcher Block die feste Grundlage im Kampf für die völlige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und für die Aufrichtung eines demokratischen Regimes bilden kann.“

Die Grundlage und die treibende Kraft dieser antifaschistisch-demokratischen Einheit ist die Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien. Auch diese Einheit ist Wirklichkeit geworden. Die sozialdemokratische Führung hatte sich damals sofort den Aufruf der KPD zu eigen gemacht und sich mit gleicher Entschiedenheit zur Einheit der Arbeiterklasse bekannt. Der Vorsitzende des Zentralaussschusses der Sozialdemokratischen Partei, Genosse Otto Grotewohl, erklärte auf der Einheitskundgebung der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien am 12. August:

„Die Antwort der Sozialdemokratie in ihrem Aufruf vom 15. Juni lautete denn auch:

„Wir wollen vor allem den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse führen!“

Die geschichtsbildende Kraft des kommunistischen Aufrufes liegt darin, daß er die Kommunistische Partei aus ihrer früheren Negierung und die Sozialdemokratische Partei aus den Bindungen ihrer früheren Koalitionspolitik herausführte. Er schafft die Möglichkeit zu einem Wiederaufbau für das deutsche Volk auf der Grundlage aller antifaschistisch-demokratischen Parteien.“

Mit diesen klaren Bekenntnissen zur Einheit der Arbeiterklasse war seit über 30 Jahren zum ersten Male wieder die Voraussetzung für ein einheitliches Vorgehen der deutschen Arbeiterschaft gegeben und die Grundlage für die zu Ostern 1946 verwirklichte organisatorische Einheit der beiden Arbeiterparteien geschaffen.

Die organisatorische Einigung der Arbeiterbewegung gibt die Grundlage dafür, die große Aufgabe der Vernichtung des Militarismus und Imperialismus und der Sicherung des Friedens durchzuführen, wie sie auch die Grundlage für die Erhaltung und Sicherung der nationalen Einheit unseres Volkes ist. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands steht an der Spitze der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien zur Durchführung der demokratischen Bodenreform, durch die das Junkertum endlich seiner verhängnisvollen Macht entkleidet wird. In einheitlicher Front wird der Kampf für die demokratische Schulreform durchgeführt, die mit dem reaktionär-militaristischen Geist im deutschen Erziehungswesen aufräumen und ihn durch einen fortschrittlichen demokratischen Geist ersetzen soll. In Gewerkschaften und Betrieben arbeiten die Sozialisten einheitlich und geschlossen, um die Wirtschaft von Nazisten und Kriegsverbrechern zu reinigen, um die Monopole zu zerschlagen und die Wirtschaft für die friedlichen Bedürfnisse unseres Volkes in Gang zu bringen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands vertritt die Auffassung, daß das deutsche Volk in ein neues freundschaftliches Verhältnis zum Sowjetvolke kommen muß und daß nie wieder in Deutschland eine Hetze gegen die Sowjetunion zugelassen werden darf. In den Selbstverwaltungsorganen der Gemeinden, Kreise, Provinzen und Länder, die in der sowjeti-

schen Besatzungszone geschaffen wurden, arbeiten die Sozialisten in engster Gemeinschaft zusammen mit den Vertretern der anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien, um unser Volk aus seiner Not herauszuführen und ein neues, demokratisches Deutschland aufzubauen. So ist die Einheit der deutschen Arbeiterklasse heute schon keine bloße Parole mehr, sondern sie ist bereits zur Tat der besten deutschen Arbeiter geworden.

Gewiß gibt es bei der Festigung dieser Einheit noch manches Hindernis zu überwinden. Aber die große Lehre, die die Vergangenheit unserem Volke erteilt hat, daß nur die Einheit der Arbeiterklasse die Zerschlagung des Imperialismus und die Sicherung des Friedens und der nationalen Einheit garantieren kann, wird heute von allen anerkannt. Diese Erkenntnis wird es auch ermöglichen, alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen und die Einheit immer fester zu schmieden. Damit wird auch die völlige Verschmelzung und die organisatorische Einheit in einer unerschütterlichen und siegreichen deutschen Arbeiterpartei gesichert sein. Dieses hohe Ziel so schnell wie möglich zu erreichen, das muß das Bestreben aller von der geschichtlichen Bedeutung dieser großen Tat tief durchdrungenen Kämpfer sein.

*„Einheit“, Berlin, 1. Jahrgang, Heft 2,
Juli 1946.*

Arbeiterbewegung und Jugend

*Aus einer Rede vor Jugendfunktionären der SED
in Berlin am 30. Juli 1946*

Die Entwicklung der Jugendbewegung, die Stellung der Arbeiterparteien zu ihr wie auch den Zusammenhang zwischen Arbeiterbewegung und Jugendbewegung darzulegen hat nicht nur geschichtlichen Wert, sondern gibt uns auch sehr ernste Lehren für die Gegenwart. Der größte Teil unserer Genossen kennt die Geschichte der Arbeiter- und Jugendbewegung nicht. Die 12 Jahre der Hitlerzeit haben eine große Lücke in unsere Schulungsarbeit gerissen, die auch vorher noch sehr mangelhaft war. Für unsere Aufklärungsarbeit, um die Jugend vor den Betrugsmanövern der Gegner zu bewahren und für den Kampf zu gewinnen, ist aber die Kenntnis der Geschichte unbedingt notwendig. Leider fehlt uns immer noch die erforderliche Literatur, die zu beschaffen eine unserer wichtigsten Aufgaben ist.

Die Geschichte der selbständigen Organisation bis 1908

Wie sieht es nun mit der Jugend im Ablauf der geschichtlichen Entwicklung aus? Natürlich interessiert uns und besonders die Arbeiterjugend die Jugend des werktätigen Volkes. Lange Zeit war diese Jugend lediglich Objekt von Bemühungen, sie zu beeinflussen, um sie entweder für reaktionäre oder weltanschauliche oder politisch-fortschrittliche Bestrebungen zu gewinnen. Das geschah durch nationalistische und kirchliche Kreise, aber auch durch Arbeiterorganisationen, trug aber insgesamt den Charakter einer Jugendpflege oder Jugendbetreuung. Es bedurfte erst einer gewissen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, daß die Arbeiterjugend auch selbständig in der Entwicklung auftrat, als eine selbständig handelnde Organisation mit ihren Forderungen an die Gesellschaft, an den Staat und an die Arbeiterorganisationen.

Es sind Zweige der deutschen Arbeiterjugendbewegung, die gleichzeitig im Jahre 1904 entstanden sind und von denen der eine Zweig in Berlin als Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter von den Jugendlichen selbst geschaffen wurde, während der andere Zweig in Mannheim von sozialdemokratischen Parteimitgliedern als Verein junger Arbeiter gegründet wurde.

Die Berliner Lehrlingsorganisation entstand vornehmlich aus wirtschaftlichen Gründen, auf Grund der Ausbeutung und der schlechten Behandlung jugendlicher Arbeiter, besonders der Lehrlinge der Handwerksbetriebe.

Im Juni 1904 wurde im Berliner Grunewald die Leiche eines Jugendlichen gefunden, der sich aufgehängt hatte. Der ganze Körper des jungen Menschen war mit Blut und Striemen bedeckt. Die polizeilichen Nachforschungen ergaben, daß es sich um einen Schlosserlehrling handelte, der den grausamen Brutalitäten seines Meisters mit der Flucht aus dem Leben aus dem Wege ging.

Für die bürgerliche Presse war das der Anlaß zu einer großen Sensation. Es blieb der Arbeiterpresse vorbehalten, an dem Einzelfall das harte Schicksal der jugendlichen Handwerkslehrlinge, der jugendlichen Fabrikarbeiter zu zeigen. In Zuschriften an das sozialistische „Neue Montagsblatt“ kamen die Jugendlichen selber zu Wort. Immer wieder äußerten die Lehrlinge und die jungen Arbeiter den Wunsch, daß es nicht so wie bisher bleiben dürfe. Aus dieser Diskussion heraus entwickelte sich der Gedanke: es gibt nur ein Mittel, den Lehrlingen zu helfen, und das ist eine Organisation der Lehrlinge selber. Mit Begeisterung griffen junge Lehrlinge diesen Gedanken auf, um eine Lehrlingsorganisation zu schaffen, das heißt sich gegen die Brutalitäten der Meister zu wehren, für die eigene Sache zu kämpfen, sich nicht mehr trampeln und treten zu lassen, nicht mehr der Letzte und Ärmste zu sein, sondern gleichberechtigt mit den Erwachsenen zu werden. Aus der Masse der Lehrlinge fanden sich bald einige besonders energische und intelligente Köpfe. Ein spezielles Programm und Statuten wurden ausgearbeitet, und am 10. Oktober 1904 kam es in Berlin zur Gründung des Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter. Damit war die erste proletarische Jugendbewegung in Deutschland geboren.

Waren es in der ersten Versammlung nur 24 Jugendliche, die dem Verein beitraten, so kamen in einer öffentlichen Versammlung im November weitere 268 hinzu, und am Jahresschluß zählte der Verein schon 500 Mitglieder. Dieser Verein propagierte als sein Ziel die wirtschaftliche, rechtliche und geistige Förderung seiner Mitglieder. Das Statut schloß die Beschäftigung mit Politik und Religion ausdrücklich aus. Diese politische Abstinenz mußte mit Rücksicht auf das bestehende preußische Vereinsgesetz eingehalten werden, denn dieses Gesetz untersagte den Lehrlingen und Schülern die Teilnahme an politischen Organisationen und Veranstaltungen. Doch die praktische Tätigkeit des Vereins fand die begeisterte Zustimmung der Jugend. In den Versammlungen, in der Propaganda, in der Presse nahmen die Anprangerungen der Lehrlingsschinderei einen breiten Raum ein. Der Verein führte Sprechstunden durch, in denen sich die Jugendlichen Rat in allen Berufs- und Rechtsfragen holen konnten. Besondere Kommissionen wurden eingesetzt und wachten darüber, daß die Meister die so kärglichen Bestimmungen des Jugendschutzes einhielten. Im Übertretungsfall verständigten die Kommissionen die Behörden und die Öffentlichkeit. Dieser Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter schuf sich auch eine eigene Zeitung, „Die arbeitende Jugend“, deren erste Nummer am 1. Januar 1905 erschien. Das war die erste proletarische Jugendzeitung. Die Redakteure und Mitarbeiter setzten sich fast ausschließlich aus den Kreisen der Jugendlichen zusammen. Im Leitartikel der ersten Nummer bezeichnete „Die arbeitende Jugend“ als ihre Aufgabe die Erziehung der jugendlichen Arbeiter zu selbständig denkenden, furchtlos handelnden Menschen, und sie versprach, den Finger in jene Wunde am Gesellschaftskörper zu legen, die man das Lehrlingselend nannte. Nun, nichts kann den Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter, besonders auch sein kämpferisches Organ, besser charakterisieren als die wütende Hetze der Handwerksinnungen. So schrieb die Tischlerzeitung, das Organ der Tischlerinnung:

„Sicher ist, daß diese Idee (nämlich die Organisierung der Lehrlinge) nur bei der wurmstichigen Jugend der Großstädte billiges Gehör finden wird.

Der Boden zur Verwirklichung des Lehrlings-Organisationsgedankens will vorbereitet sein. Diese Idee kann nur auf dem Sumpfboden der Großstadt Blüten treiben; in dem Milieu der Zuhälter, Schnapsäufer und ähnlicher Ehrenmänner sind ihr die besten Perspektiven gegeben. Nur für halbwüchsige Burschen, die auf diesem Boden wurzeln, wird die Phrase von der Gleichberechtigung etwas Bestechendes und Berauschendes haben."

Diesem Wutausbruch und der Verleugnung des Bestrebens der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter nach Menschenrecht und Menschenwürde folgte die Demonstration der „Kreuzzeitung“, jenes Organs der ostelbischen Junker, das das Eiserne Kreuz an seiner Spitze hatte und den Leitspruch „Für Kaiser und Reich“. Dort hieß es:

„Das Merkwürdige bei der Sache ist, daß man gar nichts davon hört, wie sich die Staatsbehörden zu dieser Aufwiegelung der Jugend stellen. Die Ziele, die die Sozialdemokraten mit dieser Organisation verfolgen, sind doch nicht unbekannt, und die neue Bewegung sollte nicht leicht genommen werden.“

Die antisemitische „Staatsbürgerzeitung“ in Berlin schloß einen Leitartikel über den neuen Verein mit folgenden Worten:

„Es scheint, daß unsere regierenden Kreise erst dann zur Einsicht kommen werden, wenn es zu spät ist, wenn die Ministersessel umgestürzt sind, wenn die Throne wanken und krachen.“

Trotz dieser Hetze und vieler anderer Schikanen entwickelten sich der Verein und die Zeitung in einem für die damaligen Verhältnisse schnellen Tempo. Die Anwesenheit von Polizeibeauftragten mit der Pickelhaube und dem krummen Säbel in jeder Mitgliederversammlung rief nur den Spott der Jugendlichen hervor. Die Polizei erreichte mit dieser Methode gerade das Gegenteil dessen, was sie beabsichtigte. Statt die Jugendlichen einzuschüchtern, waren diese noch stolz darauf, daß die Polizei ihre Organisation und ihre Versammlungen für so gefährlich hielt, daß sie ständig unter Polizeiaufsicht tagen mußten. Dieses Berliner Beispiel fand bald Nachahmung. So wurden in Cottbus, Bernau, Königsberg, Halle, Hamburg nach dem Berliner Muster ähnliche Lehrlingsvereine geschaffen.

Auf einer Weihnachtskonferenz im Jahre 1906 beschlossen die ersten Vereine die Gründung einer Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands, mit der Berliner Zeitung „Die arbeitende Jugend“ als dem gemeinsamen Organ für alle Vereine. Im folgenden Jahr verbreiteten sich die Vereine über ganz Deutschland. So wurden Vereine geschaffen in Solingen, Mülheim am Rhein, Braunschweig, Rostock, Breslau, Ratibor, Kiel, Magdeburg, Dortmund, Apolda, Erfurt, Jena, Köln, Frankfurt am Main, Schweinfurt, München, Hannover, Wittenberg. Daß dieser Gedanke der Bildung von Jugendorganisationen sehr bald im ganzen Reich Wurzeln schlug, war der Beweis für die Notwendigkeit der Schaffung derselben. Ende 1907 zählte die Vereinigung 3789 Mitglieder mit 10 000 Abonnenten des Verbandsorgans.

Gleichzeitig mit diesen in Berlin und in Norddeutschland entstandenen Jugendorganisationen bildete sich, wie gesagt, in Süddeutschland eine Jugendorganisation, die aber nicht so sehr aus wirtschaftlichen, sondern mehr aus politischen und sozialistischen Beweggründen entstand, und zwar wurde ausdrücklich erklärt, daß diese Organisation ihre Anhänger zu proletarischen Klassenkämpfern schulen wolle. Das wurde wesentlich erleichtert, weil in Süddeutschland nicht ein Verbot der politischen Betätigung von Schülern und Lehrlingen bestand. Doch der entscheidende Grund für den politischen und sozialistischen Charakter der süddeutschen Vereine lag in der Aufgabenstellung, welche die Vereine durch diese Gründung erhielten. Im Jahre 1904 hatte die Jugendkonferenz des Internationalen Sozialistenkongresses in Amsterdam dieser Gründung zugestimmt. Den stärksten Eindruck erhielten die Teilnehmer dieser ersten internationalen sozialistischen Jugendkonferenz von den belgischen jungen sozialistischen Garden. Das war in Europa die älteste sozialistische Jugendorganisation, denn ihre Anfänge reichen bis in das Jahr 1889 zurück. Diese belgischen jungen sozialistischen Garden führten einen beispiellosen heldenhaften Kampf gegen den belgischen Militarismus, der wie kein anderer auf den Kampf gegen den inneren Feind, gegen die Arbeiterklasse, ausgerichtet war, wiederholt bei Streiks und Demonstrationen gegen die Arbeiterklasse eingesetzt wurde und blutige Attacken ritt. Die

jungen sozialistischen Garden in Belgien entfaltet einen konsequenten, gradlinigen Kampf gegen den Militarismus mit der klaren Erkenntnis, daß nur der Sozialismus das Ende des Militarismus herbeiführen könne.

Dem belgischen Beispiel entnahm die süddeutsche Jugendbewegung den Titel für ihre Zeitung „Die Junge Garde“, deren erste Nummer am 1. April 1906 erschien. Auch der Inhalt ihrer sozialistischen Erziehungsarbeit war klar auf den Kampf gegen den Militarismus und für den Sozialismus eingestellt.

Diese in Süddeutschland entstandenen Vereine schlossen sich 1906 zu dem „Verband junger Arbeiter Deutschlands“ zusammen, der zwei Jahre später 78 Ortsgruppen mit 4500 Mitgliedern und 9000 Abonnenten der Zeitung „Die Junge Garde“ zählte.

Den Kampf gegen den Militarismus, der in einer Resolution einer süddeutschen Jugendkonferenz als „eine jeder Menschlichkeit hohnsprechende Einrichtung des Klassenstaates“ gebrandmarkt wurde, betrachtete die Konferenz als einen Hauptzweck der Jugendorganisation. Der Kampf gegen die wirtschaftliche Not, der Kampf gegen den die Jugend verschlingenden Militarismus war das Gesetz, unter dem die Jugendbewegung Deutschlands antrat, und diesem Gesetz ist die Jugendbewegung treu geblieben. Sie erwarb sich in diesem Kampf das Vertrauen der Jugendlichen und ihre organisatorische und politische Existenzberechtigung gegenüber Partei und Gewerkschaft.

Nach diesem kurzen Abriss der Entstehungsgeschichte der Arbeiterjugendbewegung in Deutschland einige Bemerkungen über die eigentlichen Ursachen, warum es so spät zur Bildung der Jugendbewegung in Deutschland kam, warum diese Bewegung der eigenen Initiative der Jugendlichen entsprang und warum nicht die Sozialdemokratische Partei die Initiatorin und Organisatorin der Jugendbewegung war. Die Gründe liegen darin, daß sich erst mit dem raschen Tempo der allgemeinen industriellen Entwicklung in Deutschland nach dem Kriege von 1871 überhaupt ein Jugendproletariat entwickelte. Nach unvollständigen Angaben, zum Teil nach Schätzungen, betrug die Zahl der jugendlichen Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen bis zu 18 Jahren in Betrieben mit über 10 Beschäftigten im Jahre 1892 — 440 203, im

Jahre 1900 — 657 227, im Jahre 1908 — 910 207. Das ist eine verhältnismäßig geringe Zahl jugendlicher Arbeiter, was auch erklärt, daß die Sozialdemokratie bis dahin der wirtschaftlichen und politischen Lage der Jugendlichen sehr wenig Aufmerksamkeit zugewandt hatte. Für das Wachstum der Zahl der Lehrlinge in dieser Zeit gibt es keine Unterlagen. Es sind nur die Gesamtzahlen angegeben, und zwar die Gesamtzahlen der damals beschäftigten Jugendlichen. Das Handwerk nahm im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts einen sehr schnellen und zahlenmäßigen Aufschwung. Doch im Verhältnis zwischen dem Handwerk und der immer größer werdenden Industrie entwickelte sich eine Konkurrenz, die geradezu verhängnisvolle Folgen für die Lage der Lehrlinge hatte. Die Industrie wuchs nicht nur in ihrem Umfange, sondern sie veränderte auch vollständig die bisherige technische Basis der Produktion. Der große, modern eingerichtete Betrieb verdrängte die kleine handwerkliche Werkstatt. Mit seiner immer besser durchorganisierten Arbeitsteilung und mit dem Übergang zur Serienfabrikation warf der Großbetrieb eine wachsende Warenmenge auf den Markt. Unterstützt von Verkaufskontoren, geschützt durch Kartellpreise, drückten die großen Betriebe auf diese Weise die Handwerker immer mehr an die Wand. Der übermächtigen Konkurrenz des Großbetriebes versuchte nun das Handwerkertum sich dadurch zu erwehren, daß es bestrebt war, seine Produkte billiger auf den Markt zu bringen. Das verlangte aber eine ständige Senkung der Selbstkosten. Da der Handwerker die Rohstoffe zu den gleichen, wenn nicht teureren Preisen einkaufen mußte wie der Großproduzent, für Werkzeug und Maschinen der Großbetrieb dem Handwerker die Preise diktierte, konnte er sich nur an den Löhnen seiner Gesellen oder durch die Ausbeutung der Lehrlinge schadlos halten. Die Löhne herabzudrücken führte dazu, daß die Gesellen dem Handwerker wegliefen und in den Großbetrieb übergingen. So blieb schließlich für den Handwerksmeister, um sich der Konkurrenz zu erwehren, lediglich der Lehrling, der nicht nur nun in wachsendem Maße vom Handwerker eingestellt wurde, sondern auch von ihm schlecht behandelt und furchtbar ausgebeutet wurde. Das waren die Gründe, die zu dieser furchtbaren Lage der Lehrlinge führten und die den

unmittelbaren Anstoß zu einer Änderung der Lehrlingsorganisation gaben. Erleichtert wurde diese Ausbeutung der Lehrlinge noch durch die besondere Art der Lehrlingsverträge, die im wesentlichen darauf aufgebaut waren, daß die Lehrlinge Kost und Logis bei dem Meister erhielten. Die Eltern verdingten ihren Sohn meist auf vier Jahre dem Meister zur Ausbildung im Beruf. Damit war die Praxis verbunden, daß der Lehrling beim Meister wohnte und von ihm beköstigt wurde. Die Lehrlingsverträge sicherten dem Meister alle Rechte, dem Lehrling aber nur die Pflicht zur Arbeit, bei der es keine Bestimmungen über den Anfang und das Ende der täglichen Arbeitszeit gab. Es bestanden keinerlei Vorschriften über den jugendlichen Lehrling, seinen notwendigen Schutz usw. Ja, es war so, daß viele Verträge sogar dem Handwerksmeister das Recht zur körperlichen Züchtigung des Lehrlings gaben. Oft wurde vom Handwerksmeister in sehr ausgiebigem Maße von diesem Recht Gebrauch gemacht. Vielfach war es noch so, daß die Eltern des Lehrlings auch ein Lehrgeld zahlen mußten. Wenn der Lehrling die Lehrzeit nicht durchhielt, verfiel dieses Lehrgeld, das die Eltern zahlen mußten, und so kam es, daß auch die Eltern ein Interesse daran hatten, den Jungen anzuhalten, alles zu tun, um seine Gesellenprüfung zu bestehen, um dann schließlich wieder in den Besitz des Lehrgeldes, sozusagen der Kautions, zu kommen. So hatte der Junge weder von der Elternseite einen Schutz, noch war ihm auf der anderen Seite irgendein Recht bei dem Handwerksmeister gesichert. Das war die Lage der Lehrlinge, deren Not zur Schaffung der Lehrlingsorganisationen führte. Die handwerklichen Lehrlinge stellten als die am meisten gequälte, ausgebeutete Schicht der jugendlichen Arbeiter die Masse der Mitglieder.

Diese Tatsache erklärt, weshalb die Arbeiterpartei, die Sozialdemokratische Partei, nicht selbst zum Initiator und Organisator der Jugendbewegung wurde. Denn die Sozialdemokratische Partei entwickelte sich doch mehr als eine Organisation der Fabrikarbeiter. Wenn auch in den Betrieben das Los der jugendlichen Arbeiter keineswegs zufriedenstellend war, so war es doch unvergleichlich günstiger als in den Werkstätten der kleinen Meister. Alles, was die erwachsenen Arbeiter in zähem, jahr-

zehntelänglichem Kampf den Unternehmern abtrotzten, kam in irgendeiner Form auch den jugendlichen Arbeitern zugute. Man braucht nur daran zu denken, daß der Arbeitszeit durch den Kampf der Arbeiter gewisse Grenzen gesetzt wurden, von denen auch die jugendlichen Arbeiter Nutzen hatten, ebenso auch durch die Kontrolle, die von den gewerkschaftlichen Organisationen ausgeübt wurde.

Die stärkere Ausbeutung, der größere Druck, verbunden mit der Schinderei und Quälerei durch die Handwerksmeister, lastete auf den Handwerkslehrlingen. Deshalb entstand auch hier zuerst das Bedürfnis nach Abwehr, nach Schaffung menschenwürdiger Zustände, nach Einhaltung der primitivsten Regeln des Arbeiterschutzes. Da aber die Sozialdemokratische Partei in der damaligen Zeit dem Handwerkertum wenig Aufmerksamkeit schenkte, entstand die Bewegung der Lehrlinge ohne die Partei, aus der schöpferischen Initiative der Lehrlinge selbst.

Es ist natürlich nicht so, daß die Sozialdemokratische Partei sich überhaupt nicht mit dem Jugendproblem beschäftigt hätte. Es ist auch schon 1871 auf einem Sozialdemokratischen Parteitag der Eisenacher Richtung, also unter Bebel und Liebknecht, ein Antrag der Dresdener Organisation zur Debatte gestellt worden, daß man eine sozialistische Jugendliteratur herausgeben müsse. Als Begründung wurde angeführt, daß die Partei einen Katechismus verfassen möge, aus dem der Vater am Sonntag Frau und Kindern vorlesen könne, um ihnen die Grundsätze des wahren Menschentums auseinanderzusetzen.

Es waren das noch sehr primitive Vorstellungen von der sozialistischen Erziehung. Sodann nahm auf Empfehlung von Wilhelm Liebknecht der Koburger Parteitag der Eisenacher im Jahre 1874 einen ähnlichen Antrag an, aber ohne daß irgend etwas Ernstes von der Partei zur Durchführung dieser Forderungen unternommen wurde. 1892 verlangte die Bremer Organisation die Herausgabe einer „wirksamen, den Kenntnissen und dem Fassungsvermögen der Arbeiterjugend angepaßten Jugendliteratur“. Auch dieser Antrag blieb auf dem Papier und wurde nicht verwirklicht. Schließlich wurde 10 Jahre später auf dem Dresdner Parteitag im Jahre 1903 der eigentliche Grund dafür angegeben, warum diese Anträge nicht verwirklicht wurden.

Es wurde dort ausgeführt:

„Der Antrag bleibt ein frommer Wunsch, solange wir nicht Genossen haben, die wirklich gute Jugendschriften für uns schreiben. Ist das der Fall, dann werden sie von der Partei auch gern verlegt werden.“

Das ist im wesentlichen der Grund, warum diese Anträge nicht in die Wirklichkeit umgesetzt wurden, weil das Interesse und die Aufmerksamkeit der Schriftstellergenossen nicht auf das Jugendproblem gelenkt worden waren. Es kam deshalb auch zu keinem praktischen Resultat. Es bedurfte erst eines gewissen Höhepunktes der industriellen Entwicklung, der Heranbildung einer genügend großen Zahl von jugendlichen Arbeitern, bis die Voraussetzungen zur Schaffung proletarischer Jugendorganisationen erfüllt waren.

Wenn auch die Arbeiterpartei in Norddeutschland nicht als Organisator der Jugendvereine in Erscheinung trat, so ist doch ihr ideologischer Einfluß unverkennbar. Die Organisation, der Zusammenschluß, die Solidarität der Erwachsenen begeisterten die Jugendlichen und veranlaßten sie, dem Beispiel der Erwachsenen nachzueifern. So entstanden die süddeutschen Organisationen der Jugend mit ihrer Aufgabenstellung gegen den Militarismus unmittelbar unter dem Einfluß sozialdemokratischer Parteifunktionäre. Die Klarlegung der wahren Ursachen der Entstehung von Jugendorganisationen führt zu der eindeutigen Lehre: die Interessen der werktätigen Jugend stehen in keinerlei Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften, sondern umgekehrt, die Interessen der Arbeiterbewegung erfordern gebieterisch die Erfüllung der Forderungen der Jugend und die Schaffung besonderer Jugendorganisationen.

Wenn wir das Fazit aus vier Jahrzehnten Kampf der Jugend um soziale Rechte, um persönliche Freiheit und menschliche Würde ziehen, dann ergibt sich die Schlußfolgerung, daß die Jugend für ihren Kampf eine eigene, selbständige Organisation benötigt, daß die Jugend selbst von sich aus einen eigenen Funktionärkörper entwickeln muß und daß die Organisationsmethoden und die Formen den besonderen Bedürfnissen der Jugend angepaßt sein müssen. Es ergibt sich daraus weiter die Schlußfolgerung; daß die Jugend eine systematische, sachliche

Arbeit für sich selbst nur leisten kann, wenn sie in engster Verbindung mit der Arbeiterbewegung steht, daß diese Arbeit nicht möglich ist ohne die Arbeiterbewegung oder gar gegen die Arbeiterbewegung. Daß entgegengesetzte Bestrebungen vorhanden waren, aus bürgerlichen Kreisen stammend, die Jugendbewegung von der Arbeiterbewegung zu trennen, ist bekannt.

Aber nur in der harmonischen Form des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen jüngeren und älteren Kameraden wird die Jugend die absolut notwendige materielle und ideelle Unterstützung bei der Arbeiterbewegung finden und damit auch die Voraussetzung für eine vorwärtsdringende, schöpferische Tätigkeit erhalten.

Das ist auch in der Geschichte der Jugendbewegung und in der Geschichte der Arbeiterbewegung durchaus bestätigt worden, und zwar ergab sich das besonders in Deutschland aus dem heroischen Kampf der Arbeiterbewegung der Jugend gegen den Militarismus und die immer stärker drohende Gefahr eines Weltkrieges, wie er in den Jahren vor 1914 geführt wurde. Karl Liebknecht, der Sohn Wilhelm Liebknechts, war es, der damals an die Spitze des antimilitaristischen Kampfes mit seinem Referat über die Frage des Antimilitarismus auf dem 1. Internationalen Jugendkongreß trat. 1907 gab Karl Liebknecht in Stuttgart dem Kampf gegen Militarismus Richtung und Ziel. Karl Liebknecht gewann mit seiner gradlinigen, kompromißlosen Politik gegen den Militarismus die Herzen und Hirne der proletarischen Jugend nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern. Dieses Auftreten Karl Liebknechts auf der internationalen Jugendkonferenz hatte sowohl innerhalb der Jugend als auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei große Auswirkungen. Karl Liebknecht zog sich aber auch damit den unversöhnlichen Haß der preußisch-deutschen Militärkaste zu. So wurde er wegen dieser Rede zu einer längeren Festungshaft verurteilt, und auch die Verbreitung seiner Rede im Druck wurde verboten. Wie die Reaktion immer mit den Maßnahmen, die sie gegen die Arbeiterklasse unternimmt, nur dazu beiträgt, den Widerstand der Arbeiterklasse zu steigern, so auch durch die Verurteilung Liebknechts und durch das Verbot der Verbreitung seiner Rede. Diese Rede wurde überall illegal vertrieben, und die Verurtei-

lung Liebknechts selbst löste eine große Welle der Empörung in der Jugend und in der Partei aus. Mit Recht empfand die Jugend den Schlag gegen Liebknecht als einen Schlag gegen sich selbst.

Das Sozialistengesetz der Jugend

Die Bourgeoisie erkannte mit ihrem ausgeprägten Klasseninstinkt sehr wohl die große Gefahr, die sich aus der antimilitaristischen Agitation unter der Jugend für sie ergab. Sie wußte: es ging um die heranwachsende Generation, um die Arbeiter und Soldaten von morgen. Die Gesetzesmaschine mußte deshalb in Funktion treten, um den wachsenden Einfluß der Arbeiterjugendverbände in der Jugend zu hemmen. So beschloß der Reichstag im Jahre 1908 ein besonderes Reichsvereinsgesetz, in dem nunmehr das, was in Preußen schon verboten war, für das ganze Reich verboten werden sollte. Im § 17 dieses Gesetzes hieß es:

„Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein und weder in den Versammlungen solcher Vereine, sofern es sich nicht um Veranstaltungen zu geselligen Zwecken handelt, noch in öffentlichen politischen Versammlungen anwesend sein.“

In einem weiteren Paragraphen wurden noch Geld- oder Haftstrafen für alle Personen festgesetzt, welche die Anwesenheit von Jugendlichen unter 18 Jahren in politischen Veranstaltungen dulden.

Mit diesem Reichsvereinsgesetz war ein wahrhafter Ausnahmezustand gegen die proletarische Jugend gestartet, denn mit Hilfe dieses Gesetzes konnten durch Polizeiverfügungen alle bestehenden proletarischen Jugendorganisationen verboten werden, was dann auch trotz des heftigen Widerstandes der Jugend geschah.

Auf Grund dieser Maßnahmen der Reaktion mußten die Partei und die Jugend versuchen, neue Formen zu finden, um trotz des bestehenden Verbotes doch die Jugend unter 18 Jahren in

der Organisation zu erfassen. Man muß hierbei noch erwähnen, welche Schwierigkeiten innerhalb der Arbeiterklasse selbst auf Grund dieses Gesetzes und auch auf Grund der Animosität gegen das selbständige Auftreten der Jugend entstanden. Es war damals innerhalb der Gewerkschaftsbewegung der Vorsitzende Karl Legien, der in Verkennung des Sinnes und des Zweckes der proletarischen Jugendbewegung einen absolut ablehnenden Standpunkt gegenüber der Jugendbewegung einnahm. Er lehnte die politische Tätigkeit der Jugendvereine als eine Einmischung in die Tätigkeit der Partei ab. Ebenso sah er in dem wirtschaftlichen Kampf der Jugendvereine einen Übergriff auf das gewerkschaftliche Gebiet. Besonders gefährlich erschien Karl Legien die antimilitaristische Tätigkeit der Jugend, wie er auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß im Jahre 1908 ausführte. Er sagte dazu:

„Im Vergleich zu Deutschland ist der Militarismus anderer Länder harmlos und die Jugend zu schade, daß sie sich einer romantischen Spielerei zuliebe an der stählernen Wehr des deutschen Militarismus den Kopf einrenne.“

Weil also nach Legiens Meinung der deutsche Militarismus der gefährlichste war, sollte der Kampf gegen ihn als eine romantische Spielerei abgelehnt werden. Da es nach seiner Meinung Unsinn war, gegen den Militarismus zu kämpfen, brauchte konsequenterweise auch die Jugend keine eigene Organisation. Es ist klar, daß diese Widerstände innerhalb der Arbeiterklasse selbst sehr dazu beitrugen, nunmehr auch die Reaktion anzuspornen, gegen die Jugend vorzugehen.

Die Jugendausschüsse

Weil man neue Formen innerhalb der Partei und der Jugend finden mußte, um entgegen den Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes doch die Jugend zu erfassen, so beschloß der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Nürnberg im Jahre 1908, daß versucht werden müsse, durch Schaffung von Jugendkommissionen der Partei die Organisation der Jugend in irgend-

einer Form zu erhalten. Das war eine prinzipielle Anerkennung des Rechtes der Jugend auf eigene, selbständige Organisationen. Diese Jugendkommissionen setzten sich aus den Vertretern der örtlichen Parteiorganisationen, der Gewerkschaftskartelle unter Hinzuziehung von Vertrauensleuten der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zusammen. Die Jugend und ihre Zeitungen „Die Arbeiterjugend“ und „Die Junge Garde“ begrüßten begeistert den Parteitagsbeschluß. Unmittelbar nach der Beschlußfassung über die Bildung von Jugendkommissionen, die sich später Jugendausschüsse nannten, konstituierten sich 311 Ausschüsse, deren Zahl bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges auf 837 anwuchs. Es wurden Jugendbibliotheken und Jugendheime geschaffen, Jugendkonferenzen und Jugendtreffen organisiert, und der Abonnementstand der „Arbeiterjugend“ stieg auf 108 000. Das war immerhin ein beträchtlicher Erfolg, er gab rein äußerlich den Schein einer glänzenden Jugendarbeit. Aber hier waren Schwächen verborgen, die sich im weiteren Verlauf der Jugendbewegung auswirken mußten. Der so prächtig begonnene Kampf gegen den Militarismus hörte in dem Maße auf, wie die Partei zwar in Deklarationen den Krieg verdammte, jedoch in der Praxis nichts tat, um die Massen für den Kampf gegen den Militarismus zu mobilisieren. Die Gefahr des Krieges wurde immer deutlicher, ebenso die Notwendigkeit, alles zu tun, um seinen Ausbruch durch eine einheitliche Aktion der Arbeiterklasse zu verhindern. Sie legte Verpflichtungen auf, die die Partei nicht erfüllte.

Die Organisation während des Krieges

Schlimmer noch als auf die Erwachsenen wirkte sich deshalb der Beginn des Krieges auf die Jugend aus. Es begann bereits damit, daß sich von den 1995 Leitern der Jugendausschüsse allein 783 freiwillig zum Kriegsdienst meldeten. Die Folge davon war, daß die Jugend vielerorts ohne organisatorische und, was noch schlimmer war, ohne politische Führung blieb, die den Interessen des Proletariats und seiner Jugend entsprochen hätte. Genau wie die Partei, schwenkte auch die Jugendzeitung „Die Arbeiter-

jugend" auf die Seite der Unterstützer des imperialistischen Krieges ein. Sie bezog die gleiche Stellung wie Karl Kautsky, der erklärte, die Internationale der Arbeiter, die auf ihrem Baseler Kongreß beschlossen hatte, alles zu tun, um den Krieg zu verhindern, sei nur ein Instrument des Friedens und nicht ein Instrument des Krieges, sie sei also im Kriege zu Untätigkeit verurteilt.

So lehnte auch die zentrale Führung der Jugendausschüsse den Kampf der Jugend gegen den Krieg und eine internationale Zusammenarbeit ab. Das Lebensinteresse der Jugend gebot jedoch die Fortführung des Kampfes gegen den jugendmordenden Krieg, entsprechend den internationalen Beschlüssen von Stuttgart im Jahre 1907 und von Basel im Jahre 1912. Da aber die Führungen der Partei, der Gewerkschaften und der Jugend unter keinen Umständen auf das Bündnis mit der kriegführenden Bourgeoisie verzichten wollten, eröffneten sie selbst den Kampf gegen die Opposition, gegen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und gegen ihre Freunde aus der Partei- und Jugendbewegung. So entstand die Lage, in der sich die Sozialdemokratische Partei spaltete, wodurch sich verhängnisvolle Folgen für den weiteren Kampf der Arbeiterklasse ergaben. Es ist notwendig, in unserer Darstellung nicht außer acht zu lassen, daß die organisatorische Spaltung der Arbeiterbewegung ihren Anfang mit dem 4. August 1914 genommen hat, als die Reichstagsfraktion den Imperialisten in Deutschland die Kriegskredite bewilligte. Mit dem Verzicht auf den Kampf gegen den Krieg entsprechend den internationalen Verpflichtungen führte die Partei- und Gewerkschaftsleitung gleichzeitig eine rücksichtslose Ausschlußkampagne gegen alle, welche die Interessen des Proletariats höher stellten als die Unterstützung der Herrschaftsgelüste der deutschen Imperialisten. So tragen die reformistische Partei- und Gewerkschaftsleitung die historische Schuld an der Spaltung der Arbeiter- und Jugendbewegung.

Der November 1918 war als Umschwung weder von der sozialdemokratischen Parteiführung gewollt noch herbeigeführt. Leider erwiesen sich die damaligen oppositionellen Kräfte unter Führung des Spartakusbundes, der späteren Kommunistischen Partei, als zu schwach, um wirklich die großen historischen Aufgaben der Novemberrevolution zu lösen. Die Kräfte der Reaktion blieben ungeschoren; die Junker behielten ihr Land, die Trustherren ihre Betriebe. Statt die Einigung der Arbeiterklasse gegen die Schuldigen des Krieges herbeizuführen, vertiefte und verbreiterte die SPD-Führung noch die Kluft zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern durch ihre Regierungspolitik.

Wir beobachten denselben Prozeß in der Jugendbewegung. Die Opposition, geführt von Karl Liebknecht, leistete einen heroischen Beitrag im Kampf gegen den Krieg. Aller Möglichkeiten der Propagierung ihrer Anschauungen in Zeitungen und Organisationen beraubt, schloß sie sich erneut zusammen, brachte illegale Flugblätter heraus, verbreitete die im Ausland erscheinende „Jugendinternationale“ und konstituierte sich am Ende des Krieges als „Freie Sozialistische Jugend“, als die Vorläuferin des Kommunistischen Jugendverbandes. Neben der sich langsam wieder bildenden Arbeiterjugend der SPD und der Freien Sozialistischen Jugend bestand, solange die während des Krieges auf Grund der Abspaltung entstandene Unabhängige Sozialdemokratische Partei existierte, noch die „Sozialistische Proletarierjugend“. Genau wie der größere Teil der USPD im Jahre 1920 zur KPD ging, so trat die übergroße Mehrheit der Sozialistischen Proletarierjugend zum Kommunistischen Jugendverband über.

Das Entscheidende hierbei bleibt jedoch die tragische Nachkriegserscheinung der Spaltung der Arbeiter- und Jugendbewegung. Der Kommunistische Jugendverband bemühte sich, die Traditionen der Arbeiterjugendvereine der Vorkriegszeit wieder lebendig werden zu lassen. Er führte einen hartnäckigen ununterbrochenen Kampf um die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Jugend. Die Arbeiterjugend der

SPD, die spätere Sozialistische Arbeiterjugend, sah das Schwergewicht ihrer Tätigkeit in Unterhaltung und Spiel, in einer abstrakten Erziehung zur sozialistischen Weltanschauung. Wenn wir den Kern der Arbeit dieser beiden Richtungen und die Resultate ihrer Arbeit vergleichen, so ergibt sich, daß beide Jugendverbände sich im wesentlichen in ihrer Zielstellung und in ihren Methoden irrten. Unterhaltung, Sport, Spiel, Gesang und Tanz sind genauso Mittel der Jugenderziehung wie Diskussion, Vorträge, Arbeitsgemeinschaften und Schulungsarbeit. Diese Methoden der Jugenderziehung stehen keineswegs im Gegensatz zur Erkämpfung besserer wirtschaftlicher Bedingungen für die Jugend, welche in den Fabriken, in den Kontoren und beim Handwerk beschäftigt ist.

Beide Jugendverbände, sowohl der sozialdemokratische wie der kommunistische, mußten infolge ihrer allzu einseitigen, nur auf die eine oder andere Seite des Jugendlebens gerichteten Tätigkeit versagen. Sie blieben im Grunde genommen kleine, nicht die Massen der Jugendlichen erfassende Organisationen. Weil sie sich in einem derart engen Kreis bewegten, entfremdeten sie sich immer mehr dem eigentlichen Denken und Sinnen der Jugend. Sie verstanden nicht, die Sprache der Jugend zu sprechen, sondern standen meistens durch ihre ganze Art außerhalb des eigentlichen Jugendlebens. Die Aufspaltung, die entsprechend der in den Arbeiterparteien bestand, führte dann zu den großen politischen Auseinandersetzungen, die nur einen parteipolitisch gebundenen Teil der Jugend interessierte, also wiederum nur eine kleine Minderheit.

Diese Fehler und Schwächen auf beiden Seiten machten die Aufklärungsarbeit der Arbeiterjugendbewegung wirkungslos gegenüber der chauvinistischen und nazistischen Ideologie. Die breite Masse der Jugend erlag deshalb nur zu leicht der ihr alles versprechenden Hitlerpropaganda. So opferte sich die deutsche Jugend willenlos, dabei noch in der Illusion befangen, für eine gerechte Sache zu kämpfen, dem Hitlerkrieg.

Wir können uns jedoch nicht damit begnügen, die Fehler der Vergangenheit aufzuzeigen, über die noch manches andere zu sagen wäre, sondern unsere Aufgabe besteht heute darin — und das ist der Sinn meiner Darlegungen —, diese von uns erkann-

ten Fehler in unserer heutigen Arbeit zu vermeiden, eine Politik zu treiben, mit der es uns gelingt, wirklich die breite Masse der Jugend zu erfassen und für unseren Kampf zu gewinnen.

Die Freie Deutsche Jugend

So hat es auch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands begrüßt, daß aus der Jugend selbst die neue Organisation, die Freie Deutsche Jugend, geschaffen wurde, die eine Organisation der gesamten deutschen Jugend sein muß. Je weiter der Rahmen der Freien Deutschen Jugend gespannt sein wird, um so größer wird auch ihre Wirksamkeit sein. Die Freie Deutsche Jugend wird alle Formen der Jugenderziehung anwenden müssen, und zwar immer mit der Zielsetzung, selbständig denkende und handelnde Aktivisten unseres friedlichen, demokratischen Aufbaus heranzubilden.

Im Gegensatz zu der Zeit von 1918 bis 1933 sind den Werktätigen insbesondere in der sowjetischen Besatzungszone durch die Vernichtung des militärischen Apparates, durch die Säuberung der Verwaltung von allen reaktionären, faschistischen und militaristischen Elementen, durch die Enteignung der Junkerkaste und des Monopolkapitals die Möglichkeiten einer wirklich demokratischen Entwicklung gegeben.

Die Arbeiterklasse in der sowjetischen Besatzungszone setzt sich deshalb mit all ihren Kräften für den Wiederaufbau ein.

Die Freie Deutsche Jugend zu einer Organisation des friedlichen Aufbaus, eines friedlichen Wettstreites zwischen den Jugendlichen von Stadt zu Stadt, von Zone zu Zone und hoffentlich bald von Land zu Land zu gestalten ist die wichtigste Aufgabe der Jugendbewegung. Durch die Existenz der Freien Deutschen Jugend ist die verhängnisvolle Spaltung der Jugendbewegung überwunden. Die Freie Deutsche Jugend ist nicht etwa die Jugendorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, sondern sie ist die Organisation der Jugend, unabhängig von Konfessionen, Weltanschauungen und Parteien. Die SED läßt der Freien Deutschen Jugend die breiteste Unterstützung

angedeihen, weil sie in ihr die Möglichkeit sieht, nunmehr die Jugend über alle Gegensätze hinweg zu erfassen und für die großen Aufgaben zu gewinnen, die heute vor unserem deutschen Volke stehen. Darum auch der Rat und die Hilfe, die die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands der Freien Deutschen Jugend teilhaftig werden läßt.

Wir knüpfen daran die Erwartung, daß gerade die Jugendfunktionäre der Partei sich der großen Verantwortung bewußt sind und alles dafür einsetzen, unter der Jugend alles zu tun, um die Jugend für den Kampf um die großen vor uns stehenden Aufgaben zu gewinnen. Die Arbeiterbewegung trägt gegenüber der kommenden Generation und der Jugend die Verpflichtung, in ihrem Kampf von heute die Interessen von morgen zu verteidigen. Nur so kann sie die Jugend politisch leiten und führen und kann Beispiel und Vorkämpferin für die Jugend sein.

Wir müssen uns immer dessen erinnern, daß der antimilitaristische Kampf Karl Liebknechts und seiner Freunde nicht nur den Interessen der damaligen Jugend diente, sondern auch für die heutige Generation von größter Bedeutung ist. Gerade die furchtbaren Folgen des Krieges und die Tatsache, daß der von uns geführte Kampf erfolglos geblieben ist und damit der Hitlerbande der grauenhafte Krieg erst ermöglicht wurde, sind ja auch eine Ursache, warum uns heute die deutsche Jugend anklagt. Wenn schließlich immer wieder die Frage auftaucht: „Wer war für alles das verantwortlich, und wieso konnte es dahin kommen?“ so steht vor uns die Schuld, daß wir nicht imstande gewesen sind, die Arbeitermassen, vor allen Dingen aber die Jugend, zum Kampfe gegen den Faschismus und gegen den Krieg zu erfassen, daß mit ihrer Kraft der Sieg des Hitlerfaschismus, die Aufrichtung der faschistischen Diktatur und damit der Krieg verhindert werden konnte. Darum gilt es heute Sicherungen dafür zu schaffen, daß sich das nicht noch einmal wiederholt. Hier liegen die großen Aufgaben der gegenwärtigen Zeit, hier liegen die großen Probleme, die uns gestellt sind: welche Wege wir in der Partei und in der Jugend einschlagen müssen, um die Wiederholung eines solchen Krieges und Verbrechens zu verhindern.

Die Fehler, die 1918 gemacht worden sind, dürfen in keiner Weise wiederholt werden. Vor allen Dingen müssen wir alles tun, daß die Kräfte gründlich entmachtet und ausgerottet werden, die von jeher die Treiber des Krieges und der großen imperialistischen Welteroberungspolitik gewesen sind.

Nach Aufzeichnungen.

Zwei Revolutionen — zwei Ergebnisse

Der 7. und der 9. November

Zum zweiten Male nach der bedingungslosen militärischen Kapitulation Hitlerdeutschlands gedenken wir des Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 und der bürgerlich-demokratischen Novemberrevolution 1918. Gedenktage müssen uns Sozialisten immer wieder Anlaß sein, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen. Die geschichtlichen Lehren geben uns Klarheit in der Gegenwart, Verständnis für die geschichtlichen Zusammenhänge und erleichtern uns die Orientierung für die Zukunft. Unsere Altmeister *Marx* und *Engels* wiesen die sozialistischen Arbeiter unermüdlich auf die Notwendigkeit des geschichtlichen Studiums hin. Sie selbst schufen mit ihren unübertrefflichen Darstellungen des deutschen Bauernkrieges, der Revolutionen von 1848 in Frankreich und Deutschland, der Pariser Kommune und zahlreichen anderen geschichtlichen Werken scharfe Waffen zur Zerstörung des reaktionären Geschichtsmythos der bürgerlichen Klasse.

Der Vergleich zwischen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland 1917 und der bürgerlichen Revolution in Deutschland 1918, ihren Voraussetzungen, ihrem Verlauf und die Anwendung ihrer Lehren auf die Gegenwart können sich im Rahmen eines Artikels nur auf einige der wesentlichsten Punkte beschränken.

Die Voraussetzungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917

Der von den Marxisten als Folge des Monopolkapitalismus vorausgesagte imperialistische Weltkrieg brach im August 1914 aus. Entgegen den Beschlüssen der II. Internationale, den Krieg mit allen Mitteln zu verhindern und, falls er dennoch ausbrechen

sollte, für eine schnelle Beendigung des Krieges zu kämpfen, stellten sich die Führer der II. Internationale auf die Seite ihrer kriegführenden Bourgeoisie. Fast alle sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen bewilligten die Kriegskredite und begannen mit einer wüsten chauvinistischen Kriegspropaganda.

Die Bolschewiki traten vom ersten Tage des Krieges an gegen den Krieg auf. Ihre Parlamentsfraktion stimmte gegen die Kriegskredite und wurde dafür nach Sibirien verbannt. Bereits im November 1914 formulierte *Lenin* seine Losung „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg“. Damit wiesen die Bolschewiki der Arbeiterklasse Rußlands und aller kriegführenden Länder den Weg über die bloße Bekämpfung des Krieges hinaus zur Erhebung der eigenen Klassenforderung bei der Erringung des sozialistischen Ziels. Entgegen der in der II. Internationale vorherrschenden Auffassung, daß der Sozialismus nur zur gleichen Zeit in den fortgeschrittensten Ländern durch eine Revolution siegen könne, führte *Lenin* den Nachweis, daß auf Grund der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung im Kapitalismus auch ein einziges Land sehr wohl in die Lage kommen kann, mit der sozialistischen Revolution zu siegen. In seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ schrieb *Lenin* bereits 1916, daß es die Aufgabe einer revolutionären Partei sein muß, ihre Kräfte auf den schwächsten Punkt der imperialistischen Front zu konzentrieren und an dieser Stelle die Kette zu zerreißen. Nach diesen Lehren kämpfte die bolschewistische Partei trotz Terror, Zuchthaus und Verbannung unter den Massen.

Die Niederlage an den Fronten, das vollständige wirtschaftliche Chaos, die korrupte und verräterische Haltung des Zarenhofes führten zur Isolierung der zaristischen Regierung. Im Einverständnis mit der Entente (England und Frankreich) bereitete die russische Bourgeoisie eine Palastrevolution vor, um sich selbst an die Spitze der Regierung zu stellen und der heranahenden Revolution vorzubeugen.

Das Volk reagierte auf die Niederlagen an den Fronten und auf das völlige Versagen der Lebensmittelzufuhr und Brennstoffversorgung schneller, als die Aktion der Bourgeoisie durchgeführt werden konnte. Eine Streikbewegung der Petersburger

führenden Länder die Aufforderung gerichtet, sofort einen Waffenstillstand für drei Monate zur Vorbereitung von Friedensverhandlungen abzuschließen. Mit dem berühmten Aufruf „An Alle“ wandte sich die neue, revolutionäre Regierung über die Köpfe der Regierungen direkt an die Werktätigen der Welt mit der Aufforderung, mitzuhelfen, „die Sache des Friedens und zugleich damit die Sache der Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Massen von jeder Sklaverei und jeder Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen“. Die neue, revolutionäre Macht Rußlands wurde im Kampf um den Frieden geboren, sie erstarkte im Kampf um die Herbeiführung des Friedens und sicherte sich das Vertrauen der Massen durch den Frieden.

Der Sowjetkongreß erfüllte die Forderung der Bauern durch die „Aufhebung des Eigentums der Gütsbesitzer an Grund und Boden ohne Entschädigung“ und die Übergabe des Bodens an die werktätigen Bauern zur unentgeltlichen Nutzung. Die Bauern erhielten durch die Revolution 150 Millionen Hektar Land und die Befreiung von den jährlichen Pachtzahlungen in Höhe von 500 Millionen Goldrubel. Alle Bodenschätze, Waldungen und Gewässer gingen in die Hände des Volkes über. Mit diesem Dekret wurde das historische Bündnis zwischen Arbeiter- und Bauernklasse endgültig gefestigt. Die Millionenmasse der Bauern, das heißt die große Mehrheit der Bevölkerung, sah von nun ab in der Sowjetmacht den Garanten ihres Besitzes an Grund und Boden. Das ist das Geheimnis, warum die Sowjetvölker mit ihrem Blute in den Jahren der Bürgerkriege und der Interventionen und während der vier Jahre der Nazi-Okkupation die Sowjetheimat verteidigten und über die Landräuber siegten. Der Sowjetbauer bekam sein Land aus der Hand der Sowjets, die von den Arbeitern geführt wurden. Darum stehen sich Stadt und Land in der Sowjetunion nicht feindlich gegenüber, sondern sind durch die Revolution im Bündnis vereint. Das sowjetische Dorf ist eine Kraftquelle der sozialistischen Revolution.

Der Sowjetkongreß festigte die Herrschaft der Arbeiterklasse durch die Nationalisierung aller Großbetriebe, der Banken, der Eisenbahnen, des Außenhandels und der Handelsflotte. Die konterrevolutionären Parteien wurden verboten, ihre Presse eingestellt, die sofortige Trennung von Kirche und Staat herbei-

geführt. Das waren die Maßnahmen zur Festigung des Sieges der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution.

Die Voraussetzungen der bürgerlichen Novemberrevolution 1918

Die imperialistischen Machthaber im kaiserlichen Deutschland lösten durch ihre provokatorische und aggressive Außenpolitik den Weltkrieg aus und machten sich durch ihre wahnsinnigen Raubpläne die ganze Welt zum Feind. Nach vier Jahren blutigem Krieg, nach dem Opfer von 2 Millionen Toten, der Erschöpfung aller Reserven verlangten *Ludendorff* und *Hindenburg* von der kaiserlichen Regierung die sofortige Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen. Das geschah am 29. September 1918, sechs Wochen vor der Revolution.

Die sozialdemokratische Parteiführung stand vom ersten Tage des Krieges an auf der Seite der kriegführenden Bourgeoisie. Mit Hilfe des Fraktionszwanges kam ein einstimmiger Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten für die Kriegskredite zustande. So brachen Partei- und Fraktionsführung die internationalen Beschlüsse, gegen den Krieg zu kämpfen. Als sich *Karl Liebknecht* in der zweiten Abstimmung im Dezember gegen die Kriegskredite aussprach, bezichtigte man ihn des Verrats an Partei und Volk. Unter der Führung *Liebknechts* und seiner engeren Freunde *Rosa Luxemburg*, *Franz Mehring*, *Leo Jogiches* organisierte die im Spartakusbund zusammengeschlossene Opposition gegen die Kriegskreditbewilliger die Massen zum Kampf gegen die Kriegsregierung und für die Herbeiführung des Friedens. Kundgebungen der Frauen und Jugendlichen 1915, die 1.-Mai-Demonstration 1916, politische Massenstreiks anläßlich des Zuchthausurteils gegen *Karl Liebknecht*, die Matrosenmeuterei 1917 sind Etappen dieses Kampfes der Massen für den Frieden. Einen gewaltigen Aufschwung bekam die Antikriegsbewegung unter dem unmittelbaren Einfluß der Revolution in Rußland. Deutsche und russische Soldaten verbrüdereten sich. Große deutsche Truppenteile wurden unzuverlässig und strafweise an die Westfront geschickt. Diese Maßnahme bewirkte die

Stärkung der Friedensstimmung auch unter den Truppen der Westfront.

Russische Arbeiter, Bauern und Soldaten hatten den Krieg durch eine Revolution beendet, die Offiziere abgesetzt und durch Räte eine eigene, proletarische Herrschaftsform geschaffen. Das Beispiel zündete. Die gewaltigen Munitionsarbeiterstreiks Anfang 1918, an denen Hunderttausende Arbeiter teilnahmen, waren das Echo des Sieges der Oktoberrevolution. Zwar konnten diese Streiks noch einmal abgewürgt werden, doch die revolutionäre Bewegung nahm immer stärker einen Massencharakter an. Sie stärkte die Einsicht der Massen, daß der Krieg hoffnungslos verloren war, und übte im Herbst 1918 einen starken Druck auf die beschleunigte Herbeiführung des Waffenstillstandes aus.

Der militärische Zusammenbruch erfolgte auf Grund der Überlegenheit der gegnerischen Kräftekoalition. Die revolutionäre Erhebung in der Heimat begann, als die militärische Niederlage an der Front bereits besiegelt war. Die Dolchstoßlegende von dem unbesiegten Feldheer, das von der Heimat verraten worden sei, wurde von den Kriegsschuldigen erfunden, um ihr Verbrechen am Volke zu verschleiern und den neuen Krieg vorzubereiten.

Der 9. November 1918

Der 9. November beendete die Herrschaft der Dynastien und proklamierte die Republik. Eine Reihe wichtiger demokratischer Rechte und Freiheiten wurde verkündet, wie das gleiche und geheime Wahlrecht, Koalitions-, Presse- und Meinungsfreiheit. Aber wie ging die Republik an die Lösung der Grundfragen heran? „Die Hauptfrage einer jeden Revolution ist die Frage der Staatsgewalt“ (Lenin), und diese stand in aller Schärfe vor der sozialdemokratischen Regierung der Volksbeauftragten. Die Entente verlangte die befristete Räumung der besetzten Gebiete durch die deutschen Truppen und deren Demobilisierung. Mit dieser Aufgabe betraute die Regierung der Novemberrevolution die kaiserlichen Generale *Hindenburg* und *Groener* und mit ihnen das ganze monarchistische, reaktionäre Offizierskorps. Aber nach

dem Beispiel der russischen Revolution hatten sich auch im deutschen Heer und in der deutschen Flotte Soldaten- und Matrosenräte gebildet. Eine demokratische, fortschrittliche Regierung hätte in diesen Soldatenräten wie in den Arbeiterräten ihre beste Stütze unter den Massen sehen müssen. Statt dessen bemühte sich die Regierung durch Reden und Erlasse, die ins Wanken gekommene Autorität des kaiserlichen Offizierskorps wiederherzustellen. So hieß es in einem Erlaß vom 12. November 1918 ausdrücklich:

„Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers bleibt bestehen. Die oberste Pflicht der Soldatenräte ist es, auf die Verhinderung von Unordnung und Meuterei hinzuwirken.“

Das einzige Recht, das die Regierung den Soldatenräten beließ, war die „beratende Stimme bei den Fragen der Verpflegung, des Urlaubs und der Verhängung von Disziplinarstrafen“. Jeder Versuch der Soldatenräte, ihre Institution zu einem Machtinstrument gegen das reaktionäre Offizierskorps auszubauen, stieß auf den hartnäckigen Widerstand der Regierung. Ein Beschluß des Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte, die oberste Kommandogewalt über Heer und Marine den Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte zu übergeben, wurde von der Regierung ignoriert. Sie sah allein in *Hindenburg* und der Obersten Heeresleitung die Kraft zur Wiederherstellung der Ordnung.

Gleichzeitig gingen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer dazu über, den revolutionären Willen der Arbeiter in den Betrieben zu brechen. Vier Tage nach der Revolution setzten sie sich mit dem Großindustriellen *Stinnes* zusammen und schlossen einen zentralen Arbeitsgemeinschaftsvertrag ab. Die Unternehmer verpflichten sich zur Anerkennung der freien Gewerkschaften und zur Distanzierung von den durch sie geschaffenen gelben Gewerkschaften. Dafür verpflichteten sich die Gewerkschaftsführer, für die Beendigung der „revolutionären Wirren“ und die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in den Betrieben einzutreten.

Die sozialdemokratische Regierung setzte zwar ihre eigenen Minister an die Spitze der Ministerien, aber vom Staatssekretär

angefangen (siehe *Meißner*) bis zum Bürovorsteher blieb der Apparat in seiner alten Zusammensetzung bestehen. Mit diesen Entschlüssen der Volksbeauftragten-Regierung war auch das Schicksal der Novemberrevolution entschieden. Statt die Arbeiter- und Soldatenräte zum entscheidenden Machtfaktor zu gestalten, drängte die Regierung sie immer mehr zurück, bis sie schließlich durch die Nationalversammlung für überflüssig erklärt wurden. Der wichtigste Gewaltapparat, das Heer, wurde kein Instrument der Revolution, sondern verblieb in den Händen der Junker und der Bourgeoisie. Das Heer unter der Führung *Hindenburgs* stellte damit der Großbourgeoisie die militärische Kraft zur Niederschlagung jedes neuen Versuches einer revolutionären Erhebung.

Das Bündnis der Gewerkschaftsführung mit den Unternehmerverbänden sicherte diesen ihre Existenz und damit die beherrschende Führung in der gesamten Wirtschaft. Die Aufrechterhaltung des alten Beamtenapparates machte jede Demokratisierung des Verwaltungskörpers von vornherein unmöglich. Die sozialdemokratische Regierung sah nicht in der Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse und der Sicherung ihres Einflusses in Staat und Wirtschaft die Voraussetzung des sozialistischen Weges. Sie war im Gegenteil ängstlich darauf bedacht, den reaktionären Kräften in gleicher Weise alle demokratischen Rechte zu gewährleisten. Sie war sehr besorgt, das Bürgertum nicht abzuschrecken, aber sie war keineswegs zaghaft in der brutalsten Niederknüppelung der revolutionären Arbeiterschaft.

Sechs Wochen nach dem 9. November begann bereits die Mordhetze gegen *Karl Liebknecht*, gegen den Sozialisten, der als erster zum Kampf gegen den Krieg in Deutschland aufgerufen hatte. Die Demokratie „für alle“ erlaubte, daß schon Ende Dezember 1918 Plakate in Berlin angeschlagen werden konnten, die zum offenen Mord an *Karl Liebknecht* und seinen Freunden aufforderten. Von der Bildung der Freiwilligenverbände zur Entwaffnung der revolutionären Arbeiter, zum Mord an *Karl Liebknecht* und *Rosa Luxemburg* und an Tausenden anderer Proletarier, über den Kapp-Putsch zum Stahlhelm und zur SA geht ein gerader Weg bis zu Hitler, zum Naziregime, zum zweiten Weltkrieg und damit zur größten Katastrophe unseres Volkes.

Die Resultate der beiden Revolutionen

Eine kurze Gegenüberstellung der Resultate beider Revolutionen zeigt folgendes:

In *Rußland* siegte unter Führung der revolutionären marxistischen Partei der Bolschewiki die Arbeiter- und Bauernmacht. Sie zerschlug für alle Zeiten die wirtschaftliche und politische Kraft der Junker und Kapitalisten. Arbeiter und Bauern konnten, gestützt auf die Macht der Sowjets, mit dem sozialistischen Aufbau beginnen. Das Kleinbürgertum und die Intelligenz fanden ihren Platz in dieser gewaltigen wirtschaftlichen und kulturellen Revolution. Heute blicken Arbeiter, Bauern und Intelligenz mit derselben Berechtigung und demselben Stolz auf *ihr* Werk, auf die gewaltige Kraft, die sie in der Abwehr des faschistischen Raubüberfalls entwickelten. Aus dem rückständigen Bauernland schufen die Werktätigen der Sowjetunion einen mächtigen sozialistischen Staat, dessen Wort in allen Fragen der Weltpolitik Geltung hat.

In *Deutschland* kam die Revolution nicht über die Verwirklichung einiger bürgerlicher, demokratischer Forderungen hinaus. Jeder Versuch der Weiterführung der Revolution zum sozialistischen Ziel mißlang. Er mußte mißlingen, weil das deutsche Proletariat in der entscheidenden Situation keine geeinte, revolutionäre, marxistische Massenpartei besaß. Die proletarischen Kräfte führten keinen einheitlichen Kampf gegen die Kräfte der Reaktion und rieben sich im gegenseitigen Kampf auf. Der Bruderkampf im proletarischen Lager stieß die nichtproletarischen werktätigen Schichten ab, und damit wurden sie ein Kräfte-reservoir der reaktionären Parteien. Der Glaube an die Allmacht des Stimmzettels war noch stärker als die marxistische Erkenntnis, daß ohne das Kontrollrecht der Massen auf die gesetzgebende und ausübende Gewalt, die „Demokratie für alle“ sich gegen das werktätige Volk richten muß.

So konnte es kommen, daß 1918/1919 in Deutschland nicht einmal die bürgerliche Revolution zu Ende geführt wurde. Der reaktionär-monarchistische Staatsapparat blieb erhalten, die Kriegsverbrecher wurden nicht bestraft, das Monopolkapital nicht angetastet. Damit wurde der Nährboden bereitet, auf dem später die nazistische Saat so üppig ins Kraut schießen konnte.

Die Lehren für die Gegenwart

Die Geschichte zweier Revolutionen beweist aufs neue die Richtigkeit der Marxschen Erkenntnis, daß „von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse ist“. Seine führende Rolle kann das Proletariat jedoch nur erfüllen, wenn es die Spaltung überwindet und zu einer politischen Einheit wird. Deshalb gilt es die erste und entscheidende Lehre zu ziehen, daß die Herstellung der organisatorischen Einheit der Arbeiterklasse zur Sicherung ihrer demokratischen Rechte und Freiheiten und zur Schaffung der Voraussetzung des sozialistischen Sieges die dringendste Aufgabe ist.

Die zweite Lehre ist, daß die reaktionären Kräfte aus dem Staats- und Gemeindeapparat vollständig ausgeschaltet werden müssen, so wie das jetzt in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführt wurde.

Drittens muß den werktätigen Schichten unseres Volkes, besonders der Arbeiterklasse, der entscheidende Einfluß in Staat und Wirtschaft gesichert werden, weil diese Schichten das feste Fundament der Demokratie bilden.

Viertens müssen die Verantwortlichen für zwei Weltkriege, die deutschen Monopolherren und Junker, wirtschaftlich vollständig entmachtet werden. Darum ist ihre entschädigungslose Enteignung, die Überführung ihres Eigentums in die Verwaltung der Organe des Volkes dringend notwendig.

Fünftens ist die Ausschaltung der Militaristen aus dem gesamten öffentlichen Leben, die Ausrottung des militaristischen Geistes durchzuführen, weil nur so unserem Volke der Friede gesichert werden kann.

Das sind die wichtigsten Lehren, die unser Volk heute aus den beiden Revolutionen ziehen muß. Es kann diese Lehren praktisch verwirklichen, wenn die deutsche Arbeiterklasse es versteht, die Einheit ihrer Kräfte herzustellen und damit zum führenden politischen Faktor in ganz Deutschland zu werden. Dann, aber auch

nur dann wird das deutsche Volk eine lebensfähige Demokratie aufbauen, eine friedliche Entwicklung sichern. Es wird damit auch wieder in die Familie der friedliebenden Völker zurückfinden und sich Achtung und Ansehen bei allen Völkern erwerben, insbesondere aber bei der Großen Sozialistischen Sowjetunion.

*„Einheit“, Berlin, Jahrgang 1, Heft 6,
November 1946.*

Einige Lehren aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Aus einer Rede Ende 1946

In den drei Jahrzehnten von 1870 ab vollzieht sich in Deutschland eine rasche wirtschaftliche Entwicklung. Aus einem Agrarland mit verhältnismäßig geringer Industrie verwandelt sich Deutschland in ein Land mit einer technisch hochstehenden Schwer- und Großindustrie.

Welches waren die Gründe für diese wirtschaftliche Wandlung? Die durch den Krieg 1870/1871 vollzogene nationale Einigung beseitigte alle bisherigen Hemmnisse für die industrielle Entwicklung. Die aus der Einzelstaatlichkeit sich ergebenden inneren Zollgrenzen wurden aufgehoben. Gleiche Maße, Münzen und Gewichte erleichterten den Handelsverkehr, der durch einheitliche Handelsgesetze gefördert wurde und wobei die einheitliche Reichsmacht in wirksamster Weise den Außenhandel unterstützte. Die deutsche Industrie erhielt eine erheblich erweiterte Rohstoffbasis durch Kohle, Blei, Zink, Holz, Erze und Kali. Dazu kamen die 5 Milliarden französische Goldfranken, die vom französischen Staate als Kriegsschädigung gezahlt wurden und die auf verschiedensten Wegen in die deutsche Wirtschaft einfließen und zur Beschleunigung der industriellen Entwicklung beitrugen.

Was aber besonders dieser industriellen Entwicklung in Deutschland ihren Charakter gab, das war das bisher unbekannte Tempo, mit dem Deutschland die anderen Industrieländer, wie Frankreich und England, einzuholen versuchte, wobei sich die Industrialisierung auf einer viel höheren technischen Basis vollzog. Es wurden Großbetriebe geschaffen, die auf Grund ihrer höheren Technik rationeller arbeiteten und damit ihren Besitzern die größten Gewinne und wieder neues Kapital zur weiteren Ausdehnung der Betriebe einbrachten.

Ein paar Zahlen mögen das Tempo dieser Entwicklung kennzeichnen. So stieg die Kohlenförderung in der Zeit von 1895 bis

1913 in Deutschland um 167 Prozent, in England um 52 Prozent. Die Eisenerzproduktion stieg in Deutschland um 192 Prozent, in England um 27 Prozent. Die Eisen- und Stahlgewinnung in Deutschland um 252 Prozent, in England um 131 Prozent. Die Entwicklung zum Großbetrieb zeigt sich in folgenden Zahlen: In den Jahren von 1882 bis 1907 steigerten die Großbetriebe ihre Belegschaftsstärke um 300 Prozent und die ganz großen Betriebe mit mehr als 1000 Arbeitern um 450 Prozent. Dagegen konnten die Kleinbetriebe unter 50 Arbeitern ihre Belegschaftsstärke nur um 25 Prozent erhöhen.

Aber dieser Sprung vom handwerklichen Betrieb zur Großindustrie war gleichzeitig verbunden mit der Entstehung der neuen Organisationsform des Industrie- und Bankkapitals. Die Unternehmer schlossen sich in Kartellen, Syndikaten, Konzernen und Trusten zusammen, durch die sie auf breitester Basis die Produktion, die Verteilung der Rohstoffe, die Vergebung der Aufträge, die Gestaltung der Preise und die Regulierung des Absatzes gestalteten und die Konkurrenz auszuschalten versuchten. Nach unvollständigen Angaben gab es 1890 in Deutschland 137 derartige Organisationen, 1913 aber bereits 600 Kartelle und Syndikate. Typisch für diese Entwicklung war ferner die Verflechtung von Industrie- und Handelskapital mit dem Bankkapital. An die Spitze dieser Organisationen traten einige wenige Großbanken, die über ungeheure Kapitalmengen verfügten und einen bestimmenden Einfluß auf die Wirtschaft ausübten. So verfügten im Jahre 1909 neun Berliner Großbanken über die gewaltige Summe von 11,3 Milliarden Mark. Das waren insgesamt 83 Prozent des gesamten deutschen Bankkapitals. Diese enge Verflechtung zwischen Industrie- und Bankkapital zeigt sich auch darin, daß Vertreter von sechs Berliner Großbanken in 751 Großbetrieben als Direktoren oder Aufsichtsräte saßen. Umgekehrt gehörten 51 Großindustrielle den Aufsichtsräten dieser sechs Berliner Großbanken an.

Wie in der Industrie, so vollzog sich auch in der Landwirtschaft eine starke Konzentration des Besitzes. Im Jahre 1907 umfaßte der Großgrundbesitz, das sind Betriebe über 100 Hektar, 23 Prozent des gesamten Bodens. Die Zahl der Wirtschaften betrug aber nur $\frac{1}{2}$ Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe. Es waren

die Junker, in deren Händen sich dieser Großgrundbesitz befand und die diesen Bodenbesitz zur Steigerung ihrer politischen Macht und zu einer ungeheuren Bereicherung ausnutzten. Dazu benutzten sie ihren staatlichen Einfluß im Parlament und in der Verwaltung. Sie forderten vom Staate eine fortgesetzte Erhöhung der staatlichen Schutzzölle, durch die die landwirtschaftliche Produktion vor der Preiskonkurrenz des Auslandes geschützt wurde, indem für die Einfuhr ausländischer Agrarprodukte ein bestimmter Zoll erhoben, der als Aufschlag auf den Verkaufspreis gelegt wurde. Somit wurden künstlich die Preise in die Höhe getrieben, damit auch die preußischen Junker die Produkte ihrer Landwirtschaft zu diesen höheren Preisen verkaufen konnten. So flossen jährlich über zwei Milliarden Mark in die Taschen dieser Großagrariere, um welchen Betrag dem deutschen Volke die landwirtschaftlichen Produkte verteuert wurden. Dieser sogenannte staatliche Schutz ermöglichte diesen Großagrariern, ihre Produktion unter den zurückgebliebensten technischen Bedingungen durchzuführen, wozu noch die ungeheure Ausbeutung der Landarbeiter kam.

Wie war nun gegenüber dieser wirtschaftlichen Entwicklung die politische Struktur des Landes in dieser Zeit? An der Spitze stand die Monarchie, der Kaiser, die Könige, Fürsten und Herzöge, wobei das Junkertum alle Kommandoposten im Staatsapparat, in Militär und Marine, in Justiz und Diplomatie fest in seinen Händen hielt. Es ist von Statistikern errechnet worden, daß ungefähr 23 000 Junkerfamilien mit insgesamt 68 000 Personen, also rund ein Tausendstel der Gesamtbevölkerung, diese Spitze der Staatspyramide ausmachten.

Die nächste neben der Junkerkaste stehende Klasse war die Bourgeoisie. Das sind die Besitzer der Riesenunternehmungen, die Großaktionäre der Banken, die Herren des Handels und der Schifffahrt. Zahlenmäßig umfaßte diese Klasse vor dem ersten Weltkrieg rund 220 000 Familien oder ungefähr 1 Prozent der Bevölkerung. In welchem Ausmaß diese Klasse ihren Reichtum vermehrte, zeigen die steuerlichen Erhebungen, wonach Deutschland im Jahre 1895 5265 Millionäre zählte, 1911 dagegen schon 9341. Diese beiden Klassen, Junkertum und Bourgeoisie, bildeten also die oberste Spitze der politischen Struktur Deutsch-

lands. Den eigentlichen Unterbau dieser Pyramide bildeten die werktätigen Schichten.

Entsprechend der wirtschaftlichen Wandlung Deutschlands in dieser Zeit der Entwicklung der Großindustrie, verwandelte sich auch die Struktur innerhalb der Werktätigen. Ein immer größerer Teil der Bevölkerung wanderte in die Städte. Es sind die verschuldeten Kleinbauern, die zweiten und dritten Söhne mittlerer Bauern, die als Arbeiter in die Betriebe gehen und somit Proletarier werden. Diese Entwicklung kommt in der Statistik klar zum Ausdruck. So betrug der Anteil der ländlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung im Jahre 1882 40 Prozent, 1907 27,1 Prozent und 1925 nur noch 23 Prozent.

Wenn wir diese Entwicklung um die Jahrhundertwende zusammenfassend darlegen, so ergibt sich, daß sich das einst zurückgebliebene agrarische und zersplitterte Deutschland in ein starkes, industriell entwickeltes, nach Ausdehnung drängendes Deutschland verwandelte. Die Grundlage der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands lag in seiner Schwerindustrie, vor allem in der Stahl-, Elektro- und chemischen Industrie, in der Zusammenballung seiner wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte in Form von Kartellen, Syndikaten und Konzernen und vor allem in einem raschen Tempo des Waren- und Kapitalexports.

Die politische Macht lag in Deutschland in den Händen der Junkerkaste, deren Interessen jedoch weitestgehend mit den Interessen der Großbourgeoisie übereinstimmten.

Der Staatsapparat stand diesen beiden Klassen vollständig zur Verfügung und diente dem gemeinsamen Ziel auf Einsatz der wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte zur Gewinnung größeren Einflusses auf dem Weltmarkt und andererseits zur Niederhaltung der aufwärtsstrebenden neuen Klasse der Arbeiter. So rüsteten die Junker und die Großbourgeoisie zum Kampfe nach innen und außen.

Die Welt war um die Jahrhundertwende von den großkapitalistischen Staaten aufgeteilt. Deutschland hatte als letzte der Kolonialmächte nur noch Reste dieser bereits aufgeteilten Welt erhalten. Aber auf Grund seiner gewaltigen Produktionsmöglichkeiten wollte sich der deutsche Kapitalismus keineswegs mit diesem Zustande begnügen. Mit aller Schärfe wurde von ihm die

Frage nach der Neuaufteilung der Welt gestellt. Dieser Forderung entsprach auch die Außenpolitik Deutschlands, die von den Repräsentanten der Junkerklasse bestimmt wurde. Deutschland war um die Jahrhundertwende wohl der jüngste, aber der materiell stärkste und entwicklungsfähigste Staat, und auf Grund seiner unbefriedigten Kolonialansprüche wurde es zum aggressivsten und am meisten zum Kriege treibenden imperialistischen Staat.

Wie war nun in dieser Zeit die Lage in der Arbeiterbewegung? Zunächst ist ein kurzer geschichtlicher Rückblick vonnöten.

In der Revolution von 1848 trat die Arbeiterschaft zum ersten Male in die politische Kampfarena. Zusammen mit den Handwerkern und dem fortschrittlichen Bürgertum gingen die Arbeiter auf die Barrikaden und kämpften für Demokratie und Verfassung.

Aber zum Schaden der weiteren deutschen Entwicklung versagte das deutsche Bürgertum vollständig im Kampfe um die Beseitigung der feudalen Vorherrschaft durch die Junker. Sein eigenes wichtigstes Ziel, die Herstellung einer einheitlichen deutschen Republik, fand keine Verwirklichung, weil das Bürgertum aus Furcht vor der sich kräftig entfaltenden Arbeiterschaft auf den Kampf um die politische Herrschaft verzichtete und vor den feudalen Kräften kapitulierte. Der Sieg der feudalen Reaktion brachte gleichzeitig auch die ersten Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung zum Ersticken.

Erst 15 Jahre später, im Jahre 1863, brachte die Agitation Ferdinand Lassalles die deutsche Arbeiterschaft wieder zu politischem Leben. In dem von ihm gebildeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein fand die Arbeiterschaft ihre eigene vom Bürgertum losgelöste politische Organisation. Das von Karl Marx und Friedrich Engels im Jahre 1848 herausgegebene Kommunistische Manifest hatte der Arbeiterschaft klar den Weg und das Ziel der Arbeiterbewegung dargelegt, und unter der Führung von August Bebel und Wilhelm Liebknecht vollzog sich die Lösung der Arbeiterschaft aus der Gefolgschaft des Bürgertums. Es wurden in dieser Zeit harte Auseinandersetzungen über Weg und Ziel der modernen Arbeiterbewegung innerhalb der Arbeiterschaft geführt. Der von Lassalle angestrebte Weg, durch eine

mit Staatsmitteln subventionierte Genossenschaftsbewegung die Arbeiterbewegung voranzutreiben, fand den heftigsten Widerspruch von Marx und Engels. Mit Hilfe von Bebel und Wilhelm Liebknecht gelang es schließlich, im Jahre 1869 eine auf dem Boden des Marxismus stehende sozialdemokratische Partei zu schaffen, die sich im Jahre 1875 mit der von den Anhängern Lassalles geschaffenen Partei vereinigte. Wenn auch die in Gotha zustande gekommene Vereinigung auf einem Programm beruhte, in dem den Lassalleschen Auffassungen Konzessionen gemacht wurden und Marx eine scharfe Kritik an diesen Konzessionen übte, so war doch die zustande gekommene Vereinigung von der allergrößten Bedeutung für die Stärkung der Arbeiterbewegung.

Welche Kräfte mit dieser Vereinigung, wozu noch die 1869 geschaffenen Gewerkschaften traten, aufgelöst wurden, die der Arbeiterschaft einen wachsenden Einfluß auf das Wirtschafts- und Staatsleben verschafften, zeigten die rigorosen Maßnahmen, die Bismarck 1878 mit dem Erlaß des Sozialistengesetzes gegen die Arbeiterschaft ergriff. So groß auch die Opfer waren, die damit der jungen Arbeiterbewegung auferlegt wurden, so gelang es Bismarck nicht, das von ihm verfolgte Ziel zu erreichen. Am Ende dieses zwölfjährigen Ringens stand die Sozialdemokratie als eine ungebrochene Kraft mit fast 1,4 Millionen Wählern. Es war der Sieg des revolutionären Klassenkampfes, mit dem das Sozialistengesetz im Jahre 1890 zu Fall gebracht wurde.

Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften wuchsen in dieser Zeit nach dem Sozialistengesetz zu großen starken Organisationen der deutschen Arbeiterschaft. Die Arbeiterbewegung ging sehr in die Breite. Genossenschaften, Krankenkassen, Kulturorganisationen wurden gegründet, Zeitungen und Zeitschriften herausgegeben, Bildungsinstitutionen geschaffen. Dazu kam eine verhältnismäßig friedliche Entwicklung, in der der deutsche Kapitalismus versuchte, seine durch den Deutsch-Französischen Krieg geschaffenen Machtpositionen zu befestigen. So trat unter dieser Entwicklung auch in der Arbeiterbewegung immer stärker der Gedanke einer weiteren Ausdehnung der Arbeitermacht hervor, und die Frage des Sozialismus berührte sehr die politische Aufklärungsarbeit.

Von Karl Marx und Friedrich Engels war die Arbeiterklasse als

die einzige revolutionäre Klasse, und deshalb als zur Verwirklichung der sozialistischen Idee befähigt, bezeichnet worden. Nur durch die Übernahme der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und die Überführung der Produktionsmittel in die Hände des vom Proletariat beherrschten Staates kann die Voraussetzung zur Verwirklichung des Sozialismus geschaffen werden. Diese marxistische Auffassung hatte sich in der Arbeiterschaft sehr verbreitet.

Aber nach dem Tode von Friedrich Engels im Jahre 1895 — Karl Marx war schon 1883 gestorben — traten in der Sozialdemokratie Politiker auf, die den Marxismus zu revidieren versuchten, indem sie die Theorie aufstellten, daß sich der Gegensatz zwischen den Klassen nicht verschärfe, sondern abschwäche, die geschaffenen Unternehmerverbände, Kartelle und Truste zur Regulierung der Produktion beitragen und damit die periodisch auftretenden Wirtschaftskrisen verhüten würden. Wenn es keine Krisen mehr gäbe, dann würden auch Arbeitslosigkeit, Not und Elend der werktätigen Massen fortfallen. Statt der Verarmung des werktätigen Volkes ergäbe sich steigender Wohlstand und statt der Zuspitzung der Widersprüche im Kapitalismus und der Verschärfung der Klassengegensätze träte ein friedlicher Ausgleich zwischen den Klassen ein mit der Perspektive des allmählichen Hineinwachsens in die sozialistische Gesellschaft. Das waren die Auffassungen und Theorien, die in dieser Zeit von Politikern wie Eduard Bernstein, Vollmar, David und anderen Revisionisten des Marxismus vertreten wurden.

Diese Theorien vom Wegfall der periodischen Krisen und des Klassengegensatzes erhielten einen kräftigen Schlag durch die im Jahre 1900 einsetzende große Wirtschaftskrise, die mehr als zwei Jahre andauerte. Eine große Anzahl der unter dem wirtschaftlichen Aufstieg mächtig ins Kraut geschossenen großen Unternehmungen krachten zusammen, Betriebe wurden stillgelegt, und Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend der Massen nahmen in großem Umfange zu.

Aber die Theoretiker des friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus gaben sich nicht geschlagen. In dem Wachstum der Aktiengesellschaften sahen sie ein neues System der Demokratisierung des Kapitals. Es sei nur nötig, kleine und kleinste Aktien

zu schaffen, um auch dem Arbeiter zu ermöglichen, diese Aktien zu erwerben und Teilhaber der großen Aktiengesellschaften zu werden und damit durch die Stimmen der Arbeiter Aktiengesellschaften zu sozialistischen Unternehmungen zu machen.

Diesen pseudosozialistischen und reaktionären Auffassungen und Theorien trat mit aller Schärfe Rosa Luxemburg entgegen, die im Jahre 1899 in ihrer berühmten Streitschrift „Sozialreform oder Revolution“ den Nachweis führte, daß der Kapitalismus Produktion um Anhäufung des Profits willen bedeutet und daß die Kartelle und Truste keineswegs diesen Grundcharakter des Kapitalismus verändern. Im Gegenteil, der Kampf um den Profit nimmt durch diese Organisationsform nur noch schärfere Formen an. Größere Kapitalmengen ballen sich zusammen, und größeres Kapital prallt aufeinander. Besonders durch die Schriften Lenins wurde klar bewiesen, daß die Krisen nicht geringer werden, sondern immer häufiger und verheerender auftreten. Jede neue Krise führt zu immer weiterer Konzentration des Kapitals und zu immer größeren Anstrengungen der Monopolverbände, den Weltmarkt zu beherrschen. Aus dem Gegensatz der nationalen imperialistischen Mächte und aus ihrem Bestreben, diesen Gegensatz gewaltsam auszutragen, ergibt sich als unausbleibliche Folge der imperialistische Krieg. Gerade dieser Gegensatz spitzte sich im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts in ungeheurem Maße zu.

Die heranwachsende Kriegsgefahr stellte vor die Arbeiterbewegung immer stärker die Frage, mit welchen Mitteln der Krieg zu verhindern sei. Die bisherigen Mittel der Arbeiterbewegung im Kampf gegen den Kapitalismus, gegen die Unternehmer, gegen das herrschende System, im Kampfe für Brot und Lohn, für politische Rechte und Freiheiten war die Propaganda, waren Versammlungen, Demonstrationen, Streiks, war der Stimmzettel. Alle diese Mittel und Methoden leisteten der Arbeiterschaft große Dienste in der Sammlung der Arbeitermassen, in ihrer Aufklärung und in ihren Kämpfen. Aber es entstand die Frage, ob diese bewährten Mittel und Methoden auch ausreichten für die kommenden größeren und verantwortungsvolleren Aufgaben. Kam es bei der wachsenden Gefahr des Krieges nicht darauf an, Mittel und Methoden zu finden, den

Kapitalismus zu schlagen und ihm dadurch den Krieg unmöglich zu machen? Auf diese Frage wurde dem Proletariat eine Antwort zuteil durch die erste russische Revolution im Jahre 1905, die einen Wendepunkt in der Entwicklung nicht nur der russischen, sondern auch der gesamten europäischen Arbeiterbewegung darstellt.

Die Niederlage des zaristischen Rußlands im Kriege gegen Japan im Jahre 1904 deckte die ganze Fäulnis des verrotteten Regimes auf. Der Haß der Arbeiter gegen die Lohnsklaverei, der Bauern gegen die Unterdrückung durch die Gutsbesitzer, der unterdrückten Nationen gegen das zaristische Joch steigerte sich zu einem revolutionären Sturm des ganzen Volkes. Dieser Sturm begann mit den Ereignissen des 9. Januar 1905, dem berühmten Blutsonntag. Die Petersburger Arbeiter zogen mit ihren Familien, unter Vorantragung von Kirchenfahnen und Zarenbildern und Choräle singend, vor das Schloß des Zaren, zum Winterpalais, um ihm eine Bittschrift zu überreichen. Der Zar gab seine Antwort mit dem Befehl an die Kosaken, auf die unbewaffnete Masse zu schießen. Tausend Tote und mehr als zweitausend Verwundete blieben auf dem Platze. Diese Schreckenstat fand in den Massen ein Echo, das der Zar und seine Kreaturen nicht erwartet hatten. Die Arbeiter von Petersburg, von Moskau und Odessa lernten an diesem Tage mehr als durch jahrelange Agitation. Die Antwort der Massen auf diese Schreckenstat war der allgemeine Streik. Eine in der Geschichte der russischen Arbeiterbewegung bisher ungekannte Welle von Streiks hob an, an denen sich Metallarbeiter, Eisenbahner, Textil- und Bergarbeiter, Frauen und Jugendliche beteiligten. Doch es war nicht nur die Zahl der Streiks und der Hunderttausende der daran Beteiligten, die den neuartigen Charakter dieses Streiks bestimmten. Es war vielmehr die Verbindung der Streiks mit politischen Forderungen, die sie zu ausgesprochenen politischen Proteststreiks machten, dazu die Meuterei der Matrosen auf dem Panzerkreuzer „Potemkin“, die Zusammenfassung der vielen Einzelaktionen zum Generalstreik ganzer Industriezweige, Städte und Provinzen und schließlich die Erhebung der Moskauer Arbeiter zum bewaffneten Aufstand in den Dezembertagen 1905.

Aber von noch größerer historischer Bedeutung war in dieser

Massenbewegung des zum politischen Leben erwachten russischen Proletariats die Bildung der Sowjets der Arbeiterdeputierten. Im Feuer des revolutionären Kampfes schufen sich die Massen neue Formen und neue Organe. Der Massenstreik richtete sich nicht mehr nur gegen den Unternehmer, gegen den Reaktionär, sondern gegen das gesamte Unternehmertum, gegen die gesamte Reaktion. Die Sowjets bildeten das Einheitsorgan aller Kämpfenden, der Gewerkschaften und Arbeiterparteien. Die kämpfenden Massen selbst wählten ihre Vertreter zum Sowjet aus ihren eigenen Reihen, die besten, aufrechtsten und unerschrockensten Männer.

So gab der Massenkampf der russischen Arbeiter dem Proletariat der ganzen Welt eine Antwort auf die Frage, wie dem organisierten Unternehmertum, der reaktionären Staatsgewalt entgegengetreten werden mußte. Die Auswirkungen der russischen Revolution auf die europäische Arbeiterbewegung waren von größter Bedeutung. Keine sozialistische Partei, keine Gewerkschaftsorganisation konnte an den durch die russische Revolution neu aufgeworfenen Problemen des Massenkampfes vorbeigehen.

Auf die ersten Nachrichten über den Generalstreik in Petersburg beschloß der versammelte Parteitag der Sozialdemokratie Österreichs, den Massenstreik im Kampf für das allgemeine Wahlrecht vorzubereiten. In allen österreichischen Industriebezirken setzte am 28. November 1905 der Generalstreik mit voller Wucht ein. Unter dem Druck dieses Streiks sah sich die Regierung genötigt, ein Versprechen über eine Wahlreform abzugeben. Als die Regierung die Verhandlungen darüber hinauszögerte, genügte die Androhung der Erneuerung des Generalstreiks, um die Verkündung des allgemeinen Wahlrechts herbeizuführen. In den darauffolgenden Wahlen, im Mai 1907, eroberte die Sozialdemokratische Partei über eine Million Stimmen. Die österreichische Arbeiterschaft gab damit der deutschen Arbeiterschaft ein anfeuerndes Beispiel, mit den gleichen Mitteln das schändliche Dreiklassenwahlrecht in Preußen zu Fall zu bringen und sich die Rechte und Freiheiten der bürgerlichen Demokratie zu erkämpfen. Auf den sozialdemokratischen Parteitagen und Kongressen kam der Wille der Massen in erregten Debatten zum

Ausdruck, mit dem Mittel des politischen Massenstreiks der Reaktion entgegentreten und die Machtpositionen der Arbeiterbewegung zu stärken.

In der deutschen Sozialdemokratie und in den deutschen Gewerkschaften fand dieses Kampfmittel geteilte Zustimmung. August Bebel erklärte den Massenstreik für ein friedliches Mittel, das nur im Falle reaktionärer Anschläge auf die Rechte der Arbeiterklasse als Abwehr dienen sollte. Trotz dieser Einschränkung traten ihm auf dem Parteitage die Politiker entgegen, die schon lange ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Revision des Marxismus richteten. Der Rechtsanwalt Heine wandte, mit dem Strafgesetzbuch in der Hand, gegenüber Bebel ein, daß man bei einem Massenstreik mit der Staatsgewalt in Konflikt käme und daß deshalb die Partei von einer Agitation des Massenstreiks Abstand nehmen müßte. Bebel gab die richtige Antwort: „Das wäre eine erbärmliche Partei, die sich durch den Staatsanwalt und durch die Gesetze einschüchtern ließe, ihr Menschen- und Bürgerrecht zu verteidigen.“ Und weiter sagte Bebel: „Ja, nichts-würdig, erbärmlich ist aber auch die Arbeiterklasse, die sich wie Hundsfötter behandeln ließe, die ihren Bedrückern nicht die Spitze zu bieten wage. Da ist Rußland, da ist die Junischlacht in Paris 1848, da ist die Kommune! Bei den Namen dieser Märtyrer solltet ihr nicht einmal ein paar Wochen hungern, um eure höchsten Menschenrechte zu verteidigen! Da kennt ihr die deutschen Arbeiter schlecht, wenn ihr ihnen das nicht zutraut!“

Das war die Sprache von August Bebel, des Mannes mit dem großen Vertrauen zur Massenkraft des werktätigen Volkes. Ihn unterstützte Rosa Luxemburg mit den Worten: „Die bisherigen Revolutionen beweisen, daß man in revolutionären Situationen nicht die Massen am Zügel halten muß, sondern die parlamentarischen Rechtsanwälte, damit sie die Massen und die Revolutionen nicht verraten. Wir sehen an der Geschichte, daß alle Revolutionen mit dem Blute des Volkes erkaufte sind.“ In diesen Diskussionen um den politischen Massenstreik tauchte ein Argument auf, das seit dieser Zeit zum eisernen Bestandteil aller Feinde der Massenbewegung gehört. David wandte sich mit folgenden Worten gegen die Lehren der russischen Revolution:

„Die Revolution in Rußland lehrt uns sehr viel, vor allem, daß

man die Revolution in Rußland unter keinen Umständen mit unseren deutschen Verhältnissen vergleichen kann. Was dort richtig sein kann, kann bei uns total verkehrt sein, und es ist der helle Wahnsinn, aus den russischen Verhältnissen einen Schluß auf die für uns notwendige Taktik zu ziehen.“ Solche Hinweise hören wir auch heute sehr oft, mit denen immer wieder versucht wird, in kritischen Zeiten die Massen von der Anwendung richtiger Kampfformen und Kampfmittel abzulenken.

Der hartnäckigste Widerstand gegen die Propagierung und Anwendung des politischen Massenstreiks setzte vor allem bei den Gewerkschaften ein. Auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß 1905 warnten die Gewerkschaftsführer vor dem Generalstreik, der — wie es in der Resolution hieß — lediglich von Anarchisten und Leuten ohne Erfahrung propagiert wird. Ein Jahr später verbot sogar der Gewerkschaftskongreß die Agitation für den Generalstreik, wobei das Wort fiel, Generalstreik sei Generalunsinn. Mit diesem Beschluß und dem Verzicht der Partei, ihren Willen in der Gewerkschaftsführung durchzusetzen, entmachtete die große starke Sozialdemokratie die deutsche Arbeiterschaft. Alle weiteren Reden, Resolutionen und Beschlüsse konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Sozialdemokratie freiwillig auf die Anwendung eines Kampfmittels verzichtete, das nach den Erfahrungen in Rußland und Osterreich allein Anspruch auf Erfolg verhiel.

Es entsteht die Frage, wieso sich solche Einstellungen in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften durchzusetzen vermochten, die eine ideologische Entfremdung von der Lehre des Marxismus zur Grundlage hatten. In die Führung der Partei, besonders aber in die Führung der Gewerkschaften waren im Laufe der Jahre Menschen eingedrungen, die das revolutionäre Ziel des Proletariats aus den Augen verloren hatten. Eduard Bernstein drückte das mit solchen Worten aus: „Das Endziel ist nichts, die Bewegung ist alles.“ Es waren jedoch nicht nur einige Rechtsanwälte, Redakteure, Schriftsteller und Parlamentarier, die diese Auffassungen vertraten, sondern es war auch allmählich eine Schicht von hochqualifizierten Arbeitern in der Arbeiterschaft emporgekommen, die aus den reichen Extraprofiten des Monopolkapitals über den Durchschnittslohn der Arbeiter bezahlt

wurden, um sie den bürgerlichen Auffassungen zugänglicher zu machen. Diese kleinen Gruppen besser bezahlter Arbeiter waren den reformistischen Auffassungen über die friedliche Entwicklung und über das Hineinwachsen in den Sozialismus sehr zugänglich, und sie trugen sehr viel dazu bei, diese Auffassungen zu verbreiten. Sie glaubten auch daran, daß im Zeitalter der internationalen Verflechtung riesiger Kapitalsanlagen sich ein Krieg für die Kapitalisten nicht mehr lohne und er deshalb auch keine Gefahr mehr für das Volk sei.

Bei alledem wurde aber das Herannahen eines Krieges immer augenscheinlicher. Besonders vom deutschen Finanzkapital wurde eine Reihe von Provokationen unternommen, die mehrmals bis dicht an den Krieg heranführten. So kam es auch, daß seit 1907 die Frage des Krieges immer stärker die internationale Arbeiterbewegung beschäftigte und das Problem brennend wurde, wie der Krieg zu verhindern sei. Auf den Internationalen Sozialistenkongressen in Stuttgart 1907 und später 1912 in Basel verpflichteten sich die sozialistischen Parteien, mit allen Mitteln gegen den Krieg zu kämpfen und, wenn der Ausbruch nicht zu verhindern sei, für die baldige Beendigung des Krieges einzutreten. Aber nachdem die deutsche Partei und die deutschen Gewerkschaften das wichtigste Kampfmittel, den politischen Massenstreik, abgelehnt hatten, war dem Proletariat die Waffe zur Verhinderung des Krieges genommen.

Noch einmal gewann die deutsche Partei im Kampfe gegen die Rüstungspolitik und gegen den ungeheuerlich gestiegenen Militäretat der deutschen Imperialisten einen großen Wahlsieg. 1912 zog sie mit 110 Mandaten in den Reichstag ein. $4\frac{1}{4}$ Millionen Stimmen waren für die Sozialdemokratie abgegeben worden, das war mehr als ein Drittel aller Stimmen. Aber dieser große Wahlsieg wurde im Reichstag von der sozialdemokratischen Fraktion mit der Zustimmung zum Militäretat elend vertan, unter der fadenscheinigen Begründung, die Kosten der Rüstung auf die Besitzenden abzuwälzen. Damit war das revolutionäre Prinzip preisgegeben: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen.

Am 13. August 1913 starb August Bebel. Mit ihm schied der glänzendste Agitator und befähigste Organisator der deutschen

Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit, aber auch der Repräsentant des revolutionären Massenwillens aus der Parteiführung der Sozialdemokratie aus.

Nicht ein Jahr mehr sollte es dauern, daß Europa durch die deutschen Imperialisten in Brand gesteckt wurde. Am 1. August 1914 gingen die deutschen Kriegstreiber in den Monopolverbänden zum Angriff über und lösten damit einen Weltkrieg von ungeheurem Ausmaß aus. Über den Raubcharakter dieses Krieges von deutscher Seite konnten keine Zweifel bestehen. Dieser Weltkrieg war vom ersten Tage an ein Krieg zwischen den beiden großen imperialistischen Staaten Deutschland und England. Es wäre die Pflicht der Führer der deutschen Sozialdemokratie und Gewerkschaften gewesen, diesen Krieg zu beantworten mit der Durchführung der Maßnahmen, die der Baseler Sozialistenkongreß im Jahre 1912 beschlossen hatte. Es war der Vertreter des Parteivorstandes, Hermann Müller, der auf einer internationalen Kundgebung in Paris am 30. Juli 1914, also am Tage vor Kriegsausbruch, erklärte, der Krieg entspringe dem imperialistischen Kapitalismus, die Verantwortung für ihn falle auf die herrschenden Klassen aller beteiligten Länder. Aber entgegen dieser eindeutigen Stellungnahme beschloß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit 78 gegen 14 Stimmen, die Kriegskredite zu bewilligen. Durch Fraktionszwang mußten sich alle Abgeordneten verpflichten, im Reichstag entsprechend diesem Mehrheitsbeschluß einheitlich für die Kredite zu stimmen. Karl Liebnecht trat bei dieser Abstimmung im Reichstag nicht gegen den Fraktionsbeschluß auf, obwohl er in der Fraktion leidenschaftlich gegen den Krieg und die Bewilligung der Kriegskredite gesprochen hat.

Womit wurde von der Fraktionsmehrheit diese Stellungnahme begründet, mit der alle internationalen Beschlüsse gegen den Krieg preisgegeben wurden? Der Krieg wurde als ein Verteidigungskrieg Deutschlands bezeichnet, bei dem die Sozialdemokratie in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich lassen dürfe. Das war eine offenkundige Lüge angesichts der Erklärung Hermann Müllers in Paris, mit der er versuchte, die französischen Genossen zur Stimmenthaltung im Parlament zu veranlassen. Es waren nur die sozialdemokratischen Parlaments-

wurden, um sie den bürgerlichen Auffassungen zugänglicher zu machen. Diese kleinen Gruppen besser bezahlter Arbeiter waren den reformistischen Auffassungen über die friedliche Entwicklung und über das Hineinwachsen in den Sozialismus sehr zugänglich, und sie trugen sehr viel dazu bei, diese Auffassungen zu verbreiten. Sie glaubten auch daran, daß im Zeitalter der internationalen Verflechtung riesiger Kapitalsanlagen sich ein Krieg für die Kapitalisten nicht mehr lohne und er deshalb auch keine Gefahr mehr für das Volk sei.

Bei alledem wurde aber das Herannahen eines Krieges immer augenscheinlicher. Besonders vom deutschen Finanzkapital wurde eine Reihe von Provokationen unternommen, die mehrmals bis dicht an den Krieg heranführten. So kam es auch, daß seit 1907 die Frage des Krieges immer stärker die internationale Arbeiterbewegung beschäftigte und das Problem brennend wurde, wie der Krieg zu verhindern sei. Auf den Internationalen Sozialistenkongressen in Stuttgart 1907 und später 1912 in Basel verpflichteten sich die sozialistischen Parteien, mit allen Mitteln gegen den Krieg zu kämpfen und, wenn der Ausbruch nicht zu verhindern sei, für die baldige Beendigung des Krieges einzutreten. Aber nachdem die deutsche Partei und die deutschen Gewerkschaften das wichtigste Kampfmittel, den politischen Massenstreik, abgelehnt hatten, war dem Proletarier die Waffe zur Verhinderung des Krieges genommen.

Noch einmal gewann die deutsche Partei im Kampfe gegen die Rüstungspolitik und gegen den ungeheuerlich gestiegenen Militäretat der deutschen Imperialisten einen großen Wahlsieg. 1912 zog sie mit 110 Mandaten in den Reichstag ein. $4\frac{1}{4}$ Millionen Stimmen waren für die Sozialdemokratie abgegeben worden, das war mehr als ein Drittel aller Stimmen. Aber dieser große Wahlsieg wurde im Reichstag von der sozialdemokratischen Fraktion mit der Zustimmung zum Militäretat elend vertan, unter der fadenscheinigen Begründung, die Kosten der Rüstung auf die Besitzenden abzuwälzen. Damit war das revolutionäre Prinzip preisgegeben: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen.

Am 13. August 1913 starb August Bebel. Mit ihm schied der glänzendste Agitator und befähigste Organisator der deutschen

Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit, aber auch der Repräsentant des revolutionären Massenwillens aus der Parteiführung der Sozialdemokratie aus.

Nicht ein Jahr mehr sollte es dauern, daß Europa durch die deutschen Imperialisten in Brand gesteckt wurde. Am 1. August 1914 gingen die deutschen Kriegstreiber in den Monopolverbänden zum Angriff über und lösten damit einen Weltkrieg von ungeheurem Ausmaß aus. Über den Raubcharakter dieses Krieges von deutscher Seite konnten keine Zweifel bestehen. Dieser Weltkrieg war vom ersten Tage an ein Krieg zwischen den beiden großen imperialistischen Staaten Deutschland und England. Es wäre die Pflicht der Führer der deutschen Sozialdemokratie und Gewerkschaften gewesen, diesen Krieg zu beantworten mit der Durchführung der Maßnahmen, die der Baseler Sozialistenkongreß im Jahre 1912 beschlossen hatte. Es war der Vertreter des Parteivorstandes, Hermann Müller, der auf einer internationalen Kundgebung in Paris am 30. Juli 1914, also am Tage vor Kriegsausbruch, erklärte, der Krieg entspränge dem imperialistischen Kapitalismus, die Verantwortung für ihn falle auf die herrschenden Klassen aller beteiligten Länder. Aber entgegen dieser eindeutigen Stellungnahme beschloß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit 78 gegen 14 Stimmen, die Kriegskredite zu bewilligen. Durch Fraktionszwang mußten sich alle Abgeordneten verpflichten, im Reichstag entsprechend diesem Mehrheitsbeschluß einheitlich für die Kredite zu stimmen. Karl Liebknecht trat bei dieser Abstimmung im Reichstag nicht gegen den Fraktionsbeschluß auf, obwohl er in der Fraktion leidenschaftlich gegen den Krieg und die Bewilligung der Kriegskredite gesprochen hat.

Womit wurde von der Fraktionsmehrheit diese Stellungnahme begründet, mit der alle internationalen Beschlüsse gegen den Krieg preisgegeben wurden? Der Krieg wurde als ein Verteidigungskrieg Deutschlands bezeichnet, bei dem die Sozialdemokratie in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich lassen dürfe. Das war eine offenkundige Lüge angesichts der Erklärung Hermann Müllers in Paris, mit der er versuchte, die französischen Genossen zur Stimmenthaltung im Parlament zu veranlassen. Es waren nur die sozialdemokratischen Parlaments-

fraktionen in Rußland, Bulgarien und Serbien, die den internationalen Verpflichtungen treu blieben und in ihren Ländern gegen die Kriegskredite stimmten.

Die Preisgabe der internationalen Grundsätze, die Verleugnung des Marxismus hatten für die Arbeiterbewegung sehr verhängnisvolle Folgen. Denn diese Abstimmung für die Kriegskredite mit ihrer weiteren Unterstützung des Krieges zerschlug die Einheit der Arbeiterbewegung. Wenn sich auch kein unmittelbarer Widerstand der sozialdemokratischen Massen bei Ausbruch des Krieges zeigte, so blieb doch eine ungeheure Erregung unter ihnen. Dumpf fühlten sie, daß hier etwas geschehen war, was dem großen Ideal der sozialistischen Bewegung widersprach. Sie wurden verwirrt durch die Tatsache, daß die gesamte Reichstagsfraktion ohne Ausnahme für die Kriegskredite gestimmt hatte. Daß es Karl Liebknecht, dieser kühne Kämpfer gegen Militarismus und Krieg, lediglich aus Fraktionsdisziplin getan hatte, um die Spaltung zu verhindern, wußten die Massen nicht. Um so stärker wirkte aber sein Nein, das er bei der zweiten Abstimmung über die Kriegskredite am 2. Dezember 1914 abgab. Klar zeigte Liebknecht die wahren Ursachen des Krieges auf, als er erklärte: „Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital.“

Dieser Erklärung Liebknechts folgte nunmehr ein ideologischer, agitatorischer und organisatorischer Kampf gegen den Krieg, der von den Gegnern des Krieges und der Kriegspolitik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion geführt wurde. An der Spitze dieses Kampfes stand eine Anzahl führender Genossen, die in der sozialdemokratischen Partei den linken Flügel bildeten, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Georg Ledebour, Ernst Meyer und andere. Diese Genossen stützten sich auf die alten revolutionären Funktionäre der Partei und der Gewerkschaften. Vom Parteivorstand wurden alle Maßnahmen ergriffen, um diese Opposition gegen die Kriegspolitik mundtot zu machen, wobei man sogar nicht einmal vor der direkten Inanspruchnahme der Militärbehörden zurückschreckte. Unbequeme Funktionäre ließ man durch das Generalkommando an die Front

schicken, um sie von den Massen zu isolieren. Rücksichtslos wurden zuerst einzelne Genossen, später ganze Organisationen aus der Partei ausgeschlossen. So wurde durch diese Maßnahmen des Parteivorstandes die Partei gespalten.

Dessenungeachtet führten die Massen unter Führung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs ihren Kampf gegen den Krieg weiter. Bereits am 28. Mai 1915 fand die erste Frauendemonstration gegen den Krieg vor dem Reichstag statt. Von Franz Mehring und Rosa Luxemburg wurde eine Zeitschrift „Internationale“ herausgegeben, in der in scharfer Weise gegen den Krieg und die Kriegspolitik Stellung genommen wurde. Natürlich wurde die Zeitschrift sofort verboten. Von Zeit zu Zeit erschienen illegale Flugblätter, die als „Spartakusbriefe“ in den Massen verbreitet wurden. Unter Bezugnahme auf den Namen des Sklavenbefreiers im alten Rom setzte eine organisierte Kampfbewegung gegen den Krieg ein, die am 1. Januar 1916 in einer Reichskonferenz eine feste Organisation unter dem Namen „Spartakus“ bildete. Frauen und Jugendliche beteiligten sich an den im Frühjahr 1915 illegal in der Schweiz stattfindenden internationalen Konferenzen. Mit der Losung Karl Liebknechts: „Der Hauptfeind des deutschen Volkes steht im eigenen Land“ — „Nicht Burgfrieden, sondern Burgkrieg ist unsere Parole“, näherte sich die Spartakusbewegung der Losung, die Lenin im Kriege ausgab: „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, in die proletarische Revolution, in den Kampf für den Sozialismus.“

Am 1. Mai 1916 fand in Berlin eine illegal organisierte Masendemonstration auf dem Potsdamer Platz statt. Die zur Demonstration aufrufenden Flugblätter der Spartakusbewegung enthielten folgende Losungen: „Unsere Feinde sind nicht das russische und französische Volk, sondern die deutschen Junker, die deutschen Kapitalisten und ihr geschäftsführender Ausschuß, die deutsche Regierung. Auf zum Kampf gegen diese Todfeinde jeglicher Freiheit! Schluß mit dem Kriege! Wir wollen Frieden! Hoch der Sozialismus! Hoch die Arbeiter-Internationale! Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Mitten aus dieser Demonstration erschallte die Stimme Liebknechts: „Gegen den Krieg und für den Frieden!“

Karl Liebknecht wurde verhaftet und vor Gericht gestellt, das ihn zu vier Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurteilte. Diese Tat Liebknechts trug außerordentlich zur Aufrüttelung der Massen zum Kampfe gegen den Krieg bei. Am Vortage seines Prozesses demonstrierten 65 000 Arbeiter in Berlin, und bei der Urteilsverkündung streikten in Berlin 55 000 Arbeiter und in Braunschweig die gesamte Arbeiterschaft. Deutschland erlebte damit seinen ersten politischen Massenstreik. In immer stärkerem Maße folgten in diesen Wochen und Monaten politische Streiks in fast allen deutschen Großstädten. Den Höhepunkt aller dieser Antikriegsdemonstrationen und politischen Massenstreiks bildete dann der große Streik im Januar 1918, der schon die Auswirkung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution im November 1917 war. Unter der Losung „Mehr Brot und Frieden“ legten zwei Millionen Arbeiter die Arbeit nieder, davon allein in Berlin 500 000. Die Streikführung lag fest in den Händen der revolutionären Obleute der Betriebsarbeiter.

Diese Zuspitzung des Kampfes gegen den Krieg zeigte trotz der großen Schwierigkeiten und des Terrors, daß der politische Streik immer mehr die Arbeiterschaft ergriff, zugleich aber auch, daß dieser Bewegung noch eine große Unklarheit der Aufgaben und des Zieles dieses Kampfes anhaftete.

Auch der Spartakusbewegung fehlte die zielklare Linie, die auf die Schaffung einer festen organisierten Massenpartei hätte ausgerichtet sein müssen. So blieb sie eine relativ kleine Gruppe von konsequenten Kämpfern gegen den Krieg, die nicht imstande war, der Antikriegsbewegung eine solche Kraft zu verschaffen, mit der dem Kriegsverbrechen hätte ein Ende gemacht werden können. Dieser Mangel zeigte sich besonders in den Tagen, in denen der Krieg an der Erschöpfung der deutschen Truppen zusammenbrach und von der Obersten Heeresleitung die schnellste Kapitulation gefordert wurde. In diesen Tagen stand die große Aufgabe der revolutionären Erhebung mit der zielklaren Durchführung der Entmachtung der Kriegsverbrecher und der Sicherung des Sieges der revolutionären Erhebung. Die in den Novembertagen gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte waren wohl eine Nachahmung der russischen Sowjets, aber es fehlte ihnen der entschlossene und klare Kampfgeist für die

Durchführung der Revolution. Wo sich Ansätze dafür zeigten, sorgten die Paragraphenreiter dafür, daß den Arbeiter- und Soldatenräten alle Macht entzogen wurde. Durch die Wahl zur deutschen Nationalversammlung wurde den Arbeiter- und Soldatenräten jede Möglichkeit zur Fortsetzung ihrer Arbeit genommen, und sie selbst wurden kurzerhand aufgelöst.

Es folgten die großen Kämpfe im Januar 1919, in denen die Arbeiterschaft um die Sicherung der Errungenschaften der Novemberrevolution kämpfte und andererseits von der Regierung alles zu einer gewaltsamen Niederwerfung der kämpfenden Arbeiterschaft getan wurde. Der Kaiser hatte zwar seinen Abschied genommen, aber die kaiserlichen Generale blieben an der Macht und übernahmen die Führung der Truppen zur Niederwerfung der revolutionären Arbeiterschaft. Am 15. Januar 1919 wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet. Als am 13. Januar 1920 die Berliner Arbeiterschaft vor dem Reichstag gegen die parlamentarische Entmachtung der Betriebsräte demonstrierte, wurde mit Maschinengewehrfeuer auf die Demonstranten geschossen, die 42 Tote und 105 Verwundete auf dem Platze ließen. Bald darauf versuchte die Reaktion, mit dem Kapp-Putsch am 13. März 1920 wieder offen ihre Blutherrschaft aufzurichten. Wenn dieser Versuch auch im Generalstreik der Arbeiter erstickt wurde, so führte doch die Reaktion systematisch die Politik weiter, die die Aufrichtung ihrer Macht und die Entrechtung der werktätigen Massen zum Ziele hatte.

Es wurden von der Reaktion die Feme- und Terrororganisationen geschaffen, die Freikorps, die Orgesch, der Stahlhelm, die Schwarze Reichswehr, die Sturmabteilungen der Nazis, die alle durchweg mehr oder weniger bewaffnet waren und denen die Aufgabe zufiel, die fortschrittlichen Arbeitermassen zu terrorisieren und die Republik abzuwürgen. Aber sie richteten sich nicht nur gegen die Arbeiter, sondern auch gegen die demokratischen Kräfte des Bürgertums, von denen namhafte Vertreter ermordet wurden, so Erzberger am 26. August 1921, Rathenau am 24. Juni 1922. Das vom Reichstag am 28. Juli 1922 beschlossene Gesetz zum Schutz der Republik, bei dem der damalige Reichskanzler Wirth die Erklärung abgab, daß der Feind rechts stände, wurde in seiner praktischen Anwendung ein Gesetz zur

Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung, gegen die sich die Polizei und die Rechtsprechung mit aller Brutalität richteten.

Die wirtschaftliche und politische Lage spitzte sich im Jahre 1923 zu einer revolutionären Situation zu. Durch die Besetzung des Rhein-Ruhr-Gebietes im Januar 1923 durch französische Truppen wegen der Nichteinhaltung der Reparationszahlungen wurde dieses wichtige Industriegebiet vom Reiche abgeschnürt und die Zahlungsfähigkeit des Reiches überhaupt in Frage gestellt. Die Lage der Arbeiterschaft verschlechterte sich in katastrophaler Weise, ohne daß von der damaligen Cuno-Regierung ernste Schritte zur Hilfe unternommen wurden. In einem gewaltigen Generalstreik der Arbeiter am 10. August 1923, bei dem die beiden Arbeiterparteien und die Gewerkschaften zusammenwirkten, wurde die Cuno-Regierung hinweggefegt. In den mitteldeutschen Ländern, in Sachsen und Thüringen, wurden von der fortschrittlichen Arbeiterschaft auf Grund ihrer Parlamentsmehrheiten demokratische Regierungen gebildet, die die Aufgabe hatten, die Arbeiter vor dem Ansturm der Reaktion zu schützen. Von der Reichsregierung wurde dagegen die Reichswehr unter Führung reaktionärer Generale eingesetzt. Die wirtschaftliche Lage wurde immer katastrophaler, was noch durch die schnell fortschreitende Entwertung der Mark gesteigert wurde. Die Inflation erreichte im November ihren Höhepunkt, wo die Goldmark auf den Stand von einer Billion Papiermark entwertet wurde. Die Leidtragenden waren hauptsächlich die Arbeiter, deren Lohn schon nach wenigen Stunden jeden realen Wert verloren hatte.

Von der Kommunistischen Partei wurden in dieser Zeit wiederholt an die Sozialdemokratische Partei und an die Gewerkschaften Angebote zum gemeinsamen Kampf gemacht, die aber immer wieder abgelehnt wurden. Die Folge davon war, daß die Arbeiterschaft der reaktionären Offensive ziemlich ohnmächtig gegenüberstand. So konnte der Aufstand der Hamburger Arbeiter am 23. Oktober 1923 niedergeschlagen, der Belagerungszustand von der Reichsregierung zur Unterdrückung jeder freiheitlichen Regung verhängt und schließlich die Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen verboten werden. Die Reaktion bereitete sich zum großen Schlage gegen die Republik vor, den

aber Hitler mit seinem Putsch im Bürgerbräukeller in München am 8. November vorzeitig auslöste und damit zum Scheitern verurteilte. Die Terrororganisationen der Reaktion wurden jedoch nicht aufgelöst, wohl aber wurde am 23. November die Kommunistische Partei verboten.

Diese Tatsachen aus dem Jahre 1923 sind deshalb besonders wichtig, weil sie aufzeigen, daß sich unter der wirtschaftlichen Krise eine revolutionäre Situation entwickelt hatte, die bei einem einmütigen Vorgehen der Arbeiterschaft dazu geführt hätte, die Reaktion zu schlagen und den demokratischen Kräften den Sieg zu verschaffen. Der Hauptfehler der Staatsmänner der Weimarer Republik lag in dem völligen Verkennen des Charakters der bürgerlichen Demokratie und in dem völligen Versagen gegenüber der Reaktion, wie auch beim Schutze der werktätigen Massen. Die deutschen Großkapitalisten gingen aufs Ganze. Das Gesetz über den Achtstundentag wurde aufgehoben und statt dessen den Unternehmern die Möglichkeit gegeben, den Arbeitstag bis zu zwölf Stunden zu verlängern. Mit Hilfe dieses Gesetzes und der damit gesteigerten Ausbeutungsmöglichkeit schuf die deutsche Schwerindustrie eine der Voraussetzungen für die zunächst geheime und dann offene Aufrüstung für den zweiten Weltkrieg.

Die im Jahre 1929 einsetzende große Weltwirtschaftskrise wurde von den deutschen Monopolkapitalisten benutzt, die Wirtschaftskrise in Deutschland systematisch zu verschärfen und zu verlängern, die Unruhe der Arbeiterschaft aufs höchste zu steigern, um damit alle reaktionären Gegenmaßnahmen zu begründen und in der Nazipartei sich die Partei des Massenbetruges und des Massenterrors zu schaffen, die den Auftrag hatte, den Krieg vorzubereiten.

So konnte es am 20. Juli 1932 geschehen, daß die Reaktion offen zum Schlage ausholte, in Preußen die Braun-Severing-Regierung hinwegfegte und den berüchtigten Papen als Reichskommissar einsetzte. In Wirklichkeit war dieser Staatsstreich bereits der Übergang zur faschistischen Diktatur. Leider wurde von den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsinstanzen die Bedeutung dieses Schlages nicht genügend erkannt, und das Angebot der Kommunisten zum Generalstreik wurde von

ihnen damit beantwortet, daß man sich mit einer Klage an den Staatsgerichtshof wandte. So bereitete sich in schnellem Tempo die Aufrichtung der faschistischen Diktatur in ganz Deutschland vor, die dann, wie bekannt, am 30. Januar 1933 durch die Übertragung der Regierungsmacht an die Nazipartei erfolgte. Wäre es in der Zwischenzeit seit dem Staatsstreich in Preußen möglich gewesen, den einheitlichen Kampf der Arbeiterschaft zu organisieren, so hätte dieses Unglück von Deutschland abgewendet werden können. Die in dieser Zeit stattgefundenen Reichstagswahlen, zunächst die vom 31. Juli 1932 und dann die vom 6. November desselben Jahres, zeigten ein großes Ansteigen der radikalen Stimmung der Arbeitermassen. So erhielt die KPD bei der ersten Wahl 5,2 Millionen Stimmen und bei der zweiten Wahl 5,9 Millionen Stimmen, die Sozialdemokratie 7,9 Millionen und 7,2 Millionen. Beide Parteien verfügten über 221 Mandate gegenüber 196 Mandaten der Nazis. Aber die Kampffähigkeit der Arbeiterschaft war noch sehr viel höher, als diese Wahlzahlen ausdrücken. Daß diese Kraft nicht eingesetzt wurde, hatte die große Niederlage der Arbeiterschaft zur Folge, die im weiteren Verlauf zum verhängnisvollen Hitlerkrieg und der Katastrophe des deutschen Volkes führte.

Welche Lehren sind aus diesem Verlauf der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu ziehen? Was können wir daraus für die Gegenwart lernen? Und was muß jetzt geschehen, um eine Wiederholung dieser Fehler zu vermeiden und den Sieg der demokratischen Bewegung zu sichern?

Fassen wir das Ergebnis unserer Darlegungen in dieser Hinsicht zusammen:

1. Die Arbeiterschaft braucht zu ihrer Orientierung für die weitere Gestaltung ihrer und ihres Landes Zukunft einen absolut zuverlässigen Kompaß. Dieser Kompaß ist die Theorie des Marxismus, die in der Periode des Imperialismus, in der wir leben, eine außerordentlich wertvolle Ergänzung und Erweiterung durch die Forschungsarbeit Lenins erhalten hat, so daß wir mit Fug und Recht von der Theorie des Marxismus-Leninismus reden. Die Arbeiterschaft, vor allen Dingen aber die Funktionäre der Arbeiterbewegung, der Partei und Gewerk-

schaften mit dieser Theorie vertraut zu machen, das ist eine der großen Aufgaben, die uns gestellt sind. Ohne ihre Erfüllung laufen wir Gefahr, daß es der Reaktion erneut gelingt, die Arbeiterschaft irrezuführen und für ihre Pläne eines neuen Krieges zu gebrauchen. Gerade darum müssen wir auch die in den Reihen der Arbeiterschaft hervortretenden Auffassungen, daß der Marxismus veraltet und überholt sei, aufs schärfste zurückweisen. Der Ablauf der Geschichte und die vorliegenden Tatsachen bestätigen vollinhaltlich seine Theorie.

2. Die weitere Lehre, die wir zu ziehen haben, ist die Anwendung der marxistischen Theorie in unserer Politik und unserem Kampfe zur Entfaltung und Sicherung der Demokratie und der Sicherung des Friedens. In allen unseren Kämpfen und Maßnahmen müssen wir immer klar das Ziel vor Augen haben, die Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kampf zu gewinnen, die Reaktion zu schlagen und den Weg zum Sozialismus vorzubereiten.
3. Die dritte wichtige Lehre ist die restlose Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse und die Herbeiführung ihrer unzerstörbaren Einheit. Dazu bedarf sie vor allen Dingen einer einheitlichen Führung durch eine feste, auf dem Boden des Marxismus-Leninismus stehende sozialistische Partei.
4. Solange der Kapitalismus besteht, bestehen auch die darauf basierenden Klassengegensätze zwischen den Besitzern der Produktionsmittel und den werktätigen Massen, die von den Besitzern der Produktionsmittel abhängig sind und einen ständigen Kampf um die Vergrößerung ihres Anteils am Produkt der Arbeit, einen ständigen Kampf für die Verbesserung ihrer Lebenshaltung führen müssen. Dieser Kampf ist der Klassenkampf, der mit dem Siege der werktätigen Massen enden muß.
5. Eine weitere Lehre ist die Entmachtung der Reaktion, der Stützen des Militarismus und Imperialismus, der junkerlichen Großgrundbesitzer, der industriellen Großkapitalisten und Bankfürsten. Ihnen muß durch die Enteignung ihrer wirtschaftlichen Machtmittel, des Grund und Bodens, der Betriebe, der Banken, jede Machtposition genommen werden. Dazu gehört eine gründliche Säuberung des Staatsapparats, der Leitungen

der Betriebe und öffentlichen Institutionen von allen reaktionären Elementen.

6. Als letzte große Lehre steht die Überführung der großen Produktionsmittel in der Landwirtschaft und der Industrie in die Hände der demokratischen Selbstverwaltungsorgane des werktätigen Volkes. Das ist die unbedingte Notwendigkeit, Demokratie und Frieden zu sichern und den Wohlstand der Menschheit auf die höchste Stufe zu heben. Auf die Erreichung dieses Zieles müssen alle Kampfmaßnahmen des werktätigen Volkes ausgerichtet sein.

Daß in der Vergangenheit in diesen Jahrzehnten der Arbeiterbewegung diese Lehren nicht gezogen wurden, hat zu der schweren Niederlage des werktätigen Volkes, der Arbeiterschaft geführt. Wenn wir jetzt die Lehren daraus ziehen, wird der Sieg des werktätigen Volkes herbeigeführt und der Sozialismus verwirklicht.

Nach Aufzeichnungen.

Der Sinn der Entnazifizierung

Gegenüber dem grauenhaften Verbrechen, das die Hitlerbande mit ihrer Kulturbarbarei und ihrem wahnsinnigen Eroberungs- und Vernichtungskrieg an der Menschheit beging und wozu sie das deutsche Volk und seinen Namen mißbrauchte, fordern die Völker feste Garantien gegen eine nochmalige Aggression von deutscher Seite. Es ist anzunehmen, daß diese Garantien zum Teil durch die Zerstörung aller dem Kriege dienenden Einrichtungen und Unternehmungen, durch die Bestrafung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten und durch die Säuberung Deutschlands von dieser Verbrecherbande geschaffen werden.

Das deutsche Volk muß Sicherheiten dafür schaffen, daß niemals mehr von deutscher Seite der Frieden bedroht wird und die Nachbarvölker vor einem erneuten Überfall unbedingt sicher sein können. Dazu gehört die völlige Entmachtung der reaktionären Kräfte, die in Deutschland immer die Träger des Militarismus und des Imperialismus waren. Diese Kräfte sind zugleich die Feinde des deutschen Volkes, es sind die junkerlichen Großgrundbesitzer und die Monopol- und Konzernherren, es ist die obere Militärkaste und Staatsbürokratie. Deren Entmachtung muß durch die vom Willen des Volkes getragenen demokratischen Organe durchgeführt werden.

Von den Gerichten ist erst eine sehr kleine Zahl der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten verurteilt und für ihre auch am deutschen Volke begangenen Verbrechen mit dem Tode bestraft worden. Viele andere werden noch vor Gericht gestellt und zur Verantwortung gezogen werden. Trotzdem ist es nur eine verhältnismäßig kleine Zahl der wahren Schuldigen an dem großen Unglück unseres Volkes. Soll unser Volk und damit auch die Welt vor diesen Ungeheuern sicher sein, so müssen noch sehr energische Strafmaßnahmen gegen sie unternommen werden. Hierzu muß unser Volk durch seine demokratischen Organe selber die Initiative ergreifen. Es gilt alle wirklich Schuldigen

ausfindig zu machen und ihre Verbrechen festzustellen, damit sie von den deutschen Gerichten ihre gerechte Strafe erhalten. Darauf sollte die ganze Aufmerksamkeit der antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen, der Entnazifizierungskommissionen und -ausschüsse gerichtet sein.

Es kommt auf eine gründliche Säuberung Deutschlands vom Nazigeist und von seinen Vertretern an. Diese Säuberung ist für die Zukunft unseres Volkes von größter Bedeutung. Ohne sie wird das deutsche Volk keinerlei Sicherheit haben, nicht wieder zum Spielball militaristischer und imperialistischer Machtgelüste deutscher Reaktionäre zu werden. Ohne diese Säuberung wird es sich nicht das Vertrauen bei den anderen Völkern erwerben, daß sie von deutscher Seite keinen Überfall mehr zu fürchten haben. Das aber ist gerade in dieser Zeit, in der über den deutschen Friedensvertrag beraten wird, von besonderer Bedeutung. Darin liegt auch der wahre Sinn der Entnazifizierung.

Weiter ist eine breite ideologische Umerziehungsarbeit im Geiste der Demokratie und der Völkerverständigung notwendig. Die Hirne des deutschen Volkes müssen restlos befreit werden von dem verhängnisvollen Nazigeist der Welteroberungssucht und der Rassenüberheblichkeit, der im Hitlerstaate zur Grundlage der Volkserziehung gemacht wurde. In den höheren Lehranstalten und in den Volksschulen ist eine sehr gründliche Arbeit zu leisten, um die Jugend von diesem Geist zu befreien und sie für das neue, demokratische Deutschland zu gewinnen. Die Säuberung der Lehrkörper dieser Lehranstalten von den aktiven Vertretern dieses Nazigeistes ist eine ebenso dringende wie notwendige Aufgabe der Entnazifizierung Deutschlands. Mit dieser Aufgabe schließt sich der Kreis der Verpflichtungen unseres Volkes, Deutschland für immer von den Kriegsverbrechern und Naziaktivisten zu befreien und unserem Volke wieder seinen Platz in der Gemeinschaft der demokratisch gesinnten und friedliebenden Völker zu verschaffen.

Wesentlich anders steht die Frage der Entnazifizierung gegenüber den Millionenmassen, die auf den Nazischwindel hineinfliegen und Mitglieder der Nazi-partei wurden. Die Mehrheit von ihnen besteht aus Angehörigen des werktätigen Volkes. Sie sind im guten Glauben an die Versprechungen der Hitlerbande

gefolgt und haben angefangen, zu begreifen, wie sehr sie betrogen worden sind. Ihnen gegenüber muß selbstverständlich in der Beurteilung ihres Verhaltens ein anderer Maßstab angelegt werden als gegenüber den Kriegsverbrechern und Naziaktivisten. Wenn diese Massen auch nicht frei von jeglicher Schuld zu sprechen sind, so muß doch alles getan werden, ihnen verständlich zu machen, daß ein neuer Weg gegangen werden muß, um Deutschland aus dem Unglück herauszuführen und seinen Wiederaufstieg zu ermöglichen. Es würde aber diese Aufgabe sehr erschweren, wenn gegen sie auch jetzt noch mit Strafmaßnahmen, Entlassung aus der Arbeit, Beschlagnahme ihres Eigentums oder Verächtlichmachung vorgegangen wird.

Es sind vorwiegend werktätige Massen, die wir nicht von uns stoßen, sondern die wir auf das engste an uns heranziehen und an der Aufbauarbeit beteiligen müssen. Das praktische Leben zeigt uns, daß unter diesen Massen Zehntausende sind, die aufrichtig bestrebt sind, alle Reste des Nazigeistes abzustößen und die bereits an der Aufbauarbeit aktiv teilnehmen. Diese Zahl ständig zu erweitern ist eine dringende Aufgabe, die nicht behindert werden darf durch eine Verkennung des wahren Sinnes der Entnazifizierung und einem falschen Vorgehen gegen die ehemaligen einfachen Nazimitglieder.

Bei den Wahlen in der sowjetischen Besatzungszone, wo die Entnazifizierung gegen Kriegsverbrecher und aktive Nazis weitgehend durchgeführt wurde, ist diesen Massen schon das aktive Wahlrecht gegeben worden. Es ist an der Zeit, ihnen in der sowjetischen Besatzungszone auch das passive Wahlrecht einzuräumen, also das Recht, bei den Wahlen als Kandidaten aufgestellt zu werden. Dabei ist es selbstverständlich, daß bei dem demokratischen Verfahren der Aufstellung der Kandidaten nur solche ehemaligen Nazimitglieder Aussicht haben, die durch Anteilnahme an der Aufbauarbeit den Beweis erbrachten, daß sie aufrichtig entschlossen und fähig sind, den Weg des neuen Deutschlands zu gehen. Auf Grund der großen Leiden, die der Hitlerfaschismus unserem Volke gebracht hat, ist es nur zu verständlich, daß bei dem fortschrittlichen Teil unseres Volkes eine starke Verbitterung gegen alles vorhanden ist, was mit der Nazipartei zusammenhängt. Aber wir würden uns ins eigene

Fleisch schneiden, wenn wir diese Verbitterung an den ehemaligen einfachen Nazimitgliedern auslassen würden. Wir müssen diese Massen in den Kampf für die Ausrottung des Hitlerfaschismus und für den Aufbau eines demokratischen Deutschlands einbeziehen.

Der Unterschied in der Beurteilung der ehemaligen einfachen Nazimitglieder gegenüber den Kriegsverbrechern und Naziaktivisten ermöglicht auch die Änderung des gegenwärtigen Entnazifizierungsverfahrens. In den dazu eingesetzten Kommissionen werden Akten und Fragebogen über eine unabsehbare Masse von ehemaligen einfachen Nazimitgliedern geprüft. Aber das ist ein Verfahren, bei dem nur eine dauernde Beunruhigung unter diese Massen getragen wird, während die wirklichen Naziverbrecher es verstehen, sich der Verantwortung zu entziehen. Es wäre im Interesse der Entnazifizierung Deutschlands sehr viel nützlicher, wenn diese Kommissionen und Ausschüsse sich die Aufgabe stellten, in Verbindung mit den antifaschistisch-demokratischen Parteien, Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen die wahren Schuldigen und ihre Verbrechen festzustellen und sie den Gerichten zu überweisen. Das würde sehr viel schneller zu der Säuberung Deutschlands von den Kriegsverbrechern und Naziaktivisten führen.

Der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat in seiner Tagung am 14. Februar 1947 seine frühere prinzipielle Stellungnahme in dieser Frage erneut bekräftigt, die dahin geht, daß die Hauptschuldigen an dem nationalen Unglück unseres Volkes unnachsichtlich mit aller Strenge bestraft werden müssen, daß aber die ehemaligen einfachen Mitglieder der Nazi-partei, die nicht an den Verbrechen der Nazis beteiligt waren, nicht mehr behelligt werden. Es muß ihnen Gelegenheit gegeben werden, sich aktiv am Wiederaufbau zu beteiligen und sich als gleichberechtigte Staatsbürger am politischen Leben zu beteiligen. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß diese Stellungnahme auch den Auffassungen entspricht, die am 13. Februar in dem Berliner Organ der Sowjetischen Militärverwaltung „Tägliche Rundschau“ mit folgenden Worten dargelegt wird:

„Wir betonen, daß die Entnazifizierungspolitik nicht darin bestehen kann und darf, wahllos alle ehemaligen Mitglieder der Nazi-partei und

ihrer Gliederungen zu verfolgen. Es liegt im Interesse des schnellen Wiederaufbaus der Wirtschaft und des friedlichen Lebens in Deutschland, daß die ehemaligen nominellen Pgs, vor allem aus den werktätigen Schichten der Bevölkerung, entschlossen und in breitem Maßstabe zur Wiederaufbauarbeit herangezogen werden. Diese ehemaligen nominellen Nazis können unbesorgt und überzeugt sein, daß sie bei ihrem Bemühen, sich auf den richtigen Weg zurückzufinden und sich von ihren früheren Verirrungen und Fehlern freizumachen, volle Unterstützung finden werden."

In diesem Sinne hat auch der Gemeinsame Ausschuß des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien in der sowjetischen Besatzungszone in seiner Sitzung vom 17. Februar 1947 beschlossen, sich an die Sowjetische Militärverwaltung mit dem Ersuchen zu wenden, Ausführungsbestimmungen zu den vom Kontrollrat beschlossenen Direktiven im Sinne dieser Darlegungen in der „Täglichen Rundschau“ zu erlassen.

Der Sinn der Entnazifizierung besteht also darin, die wahren Schuldigen an dem Kriegsverbrechen mit aller Strenge zu bestrafen und unschädlich zu machen. Nur so wird das deutsche Volk wieder Vertrauen bei den anderen Völkern gewinnen und selbst Garantien dafür schaffen, daß die Reaktion niemals wieder zur Herrschaft gelangt, der Frieden niemals mehr von deutscher Seite bedroht wird, sondern ein demokratisches und friedliches Deutschland ersteht.

*„Neues Deutschland“, Berlin,
21. Februar 1947.*

Zwei Jahre Blockpolitik

Am 14. Juli 1945 traten in Berlin die Vertreter der antifaschistisch-demokratischen Parteien zu einer *ersten gemeinsamen Besprechung* zusammen, um sich über ihre Zusammenarbeit zu verständigen. Es waren die Kommunistische Partei, die Sozialdemokratische Partei, die Liberal-Demokratische Partei und die Christlich-Demokratische Union, die auf Grund des Befehls Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung, Marschall Shukow, als antifaschistische Parteien zugelassen waren. Die Vertreter der vier Parteien beschlossen unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit die *Bildung einer einheitlichen Front*, um mit vereinter Kraft an die Durchführung der großen Aufgaben heranzugehen, die vor dem deutschen Volke stehen.

Es wurde ein *Gemeinsamer Ausschuß* gebildet, in den die vier Parteien je fünf Vertreter entsandten und der regelmäßig zusammentreten und die wichtigsten Aufgaben erörtern und sich über entsprechende Maßnahmen verständigen sollte.

Als *Hauptaufgabe* stellte sich der Ausschuß

1. die Zusammenarbeit im Kampf um die Säuberung Deutschlands von den Überresten des Hitlerismus und den Aufbau des Landes auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage,
2. gemeinsame Anstrengungen zu möglichst raschem Wiederaufbau der Wirtschaft, um Arbeit, Brot, Kleidung und Wohnung für die Bevölkerung zu schaffen,
3. Herstellung voller Rechtssicherheit auf der Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates,
4. Sicherung der Freiheit des Geistes und Wissens sowie der Achtung jeder religiösen Überzeugung und sittlichen Weltanschauung,

5. Wiedergewinnung des Vertrauens und Herbeiführung eines auf gegenseitiger Achtung beruhenden Verhältnisses zu allen Völkern.

Ferner ehrliche Bereitschaft zur Durchführung der Maßnahmen der Besatzungsbehörden und Anerkennung unserer Pflicht zur Wiedergutmachung.

Es wurde weiter vereinbart, ein *gemeinsames Aktionsprogramm* auszuarbeiten. Außerdem appellierte der Ausschuß an alle Organisationen in allen Landesteilen, Bezirken, Kreisen und Orten, sich in gleicher Weise zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuschließen.

Diese *Gründungsurkunde* der einheitlichen Front der antifaschistisch-demokratischen Parteien wurde das erste *weithin sichtbare Bekenntnis* zu einer demokratischen Neugestaltung Deutschlands und zur friedlichen Verständigung mit den anderen Völkern. Dieses Bekenntnis wurde ermöglicht durch das *große Entgegenkommen* der Sowjetischen Militärverwaltung, die durch die Zulassung der demokratischen Parteien der deutschen Bevölkerung die Möglichkeit gab, sich in antifaschistisch-demokratischen Parteien zusammenzuschließen und durch sie ihren Willen zum Ausdruck zu bringen.

Leider blieb die Verständigung der Parteien zu gemeinsamer Arbeit auf die sowjetische Besatzungszone begrenzt und fand *keine Nachahmung* in den übrigen drei Besatzungszonen. Es ging *dort* mit der Neubildung der Parteien und anderer demokratischer Organisationen sehr langsam voran, diese fanden auch nicht die Unterstützung bei den Besatzungsmächten, wie das in der sowjetischen Besatzungszone geschah. So besteht noch heute in diesen Zonen keine Zusammenarbeit der Parteien, sondern mehr ein gegenseitiger Kampf. Die Entwicklung einer antifaschistisch-demokratischen Willensbildung ist noch sehr im Rückstande.

Die *Zusammenarbeit* der antifaschistisch-demokratischen Parteien in der sowjetischen Besatzungszone, die durch den Zusammenschluß der Kommunisten und Sozialdemokraten zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands noch wesentlich vereinfacht wurde, hat in den zwei Jahren *große Fortschritte* gemacht,

und es sind sehr bedeutsame Resultate dieser Arbeit zu verzeichnen. Die Zusammenarbeit hat in keiner Weise die selbständige Tätigkeit der Parteien beeinträchtigt, und keine der Parteien ist etwa auf Grund von Mehrheitsabstimmungen zu Maßnahmen gezwungen worden, die nicht ihrer eigenen Überzeugung entsprechen. Alle Beschlüsse des Gemeinsamen Ausschusses sind nicht durch Abstimmung zustande gekommen, sondern durch eine in freier Diskussion herbeigeführte Verständigung.

Welches sind nun die *Resultate* dieser zweijährigen Zusammenarbeit der antifaschistisch-demokratischen Parteien in der sowjetischen Besatzungszone? Da sind in erster Reihe die Maßnahmen, die zur wirtschaftlichen und politischen *Entmachtung der reaktionären Kräfte* unternommen wurden, um eine sichere Grundlage für die Demokratie zu schaffen und eine Wiederholung aggressiver Vorstöße von deutscher Seite gegen die anderen Völker zu verhindern. Diese reaktionären Kräfte hatten ihre Wurzeln im Militarismus und Imperialismus, und sie fanden ihren barbarischen Ausdruck im Hitlerismus. So wurde durch die *demokratische Bodenreform* die entschädigungslose Enteignung der junkerlichen Großgrundbesitzer beschlossen, die die Stützen des preußischen Militarismus waren. Der Boden wurde den landarmen und landlosen Bauern und Landarbeitern sowie den Umsiedlern übergeben. Mit dieser Enteignung wurde zugleich die jahrhundertelange Herrschaft der Großgrundbesitzer im Dorfe und im Staatsleben gebrochen und eine feste Grundlage für die Demokratie geschaffen. Die demokratische Bodenreform hat sich auch in bester Weise bei der Sicherung der Volksernährung bewährt, indem jede Sabotage durch die Großgrundbesitzer verhindert und durch die fleißige Bauernschaft alles aus dem Boden herausgeholt wurde, was er herzugeben vermochte. Die trotzdem bestehenden Schwierigkeiten in der Volksernährung sind nicht etwa der Bodenreform zuzuschreiben, sondern ergeben sich aus der Katastrophe, in die das deutsche Volk durch die Hitlerbande mit ihrem Krieg gestürzt worden ist. Die Bodenreform ist der beste Weg, unser Volk aus der Katastrophe herauszuführen.

Eine weitere sehr wichtige Maßnahme zur Entmachtung der Reaktion war die von den Parteien gemeinsam beschlossene

Enteignung der industriellen Kriegsverbrecher und Naziaktivisten, die zuerst am 30. Juni 1946 durch einen Volksentscheid in Sachsen und dann in allen übrigen Ländern der sowjetischen Besatzungszone durchgeführt wurde. Mit dieser Enteignung wurde erreicht, daß die von ihr betroffenen reaktionären Elemente nicht mehr ihre der Profitgier dienende Herrschaft in der Wirtschaft ausüben können, sondern daß vor allem durch die Überführung dieser Betriebe in die Hände des Volkes, also in die vom Volke geschaffenen demokratischen Selbstverwaltungsorgane, das werktätige Volk selbst durch die Gewerkschaften/und Betriebsräte den entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft und die Entwicklung der Produktion und die Verteilung der Produkte erhielt.

Mit der demokratischen Bodenreform und der Enteignung der industriellen Kriegsverbrecher und Naziaktivisten wurde gleichzeitig die in den Beschlüssen der alliierten Mächte vorgesehene Sicherung des Friedens und der Demokratie Deutschlands in die Wege geleitet.

Eine dritte, ebenfalls außerordentlich wichtige Maßnahme ist die durch die Verständigung der Parteien herbeigeführte *Demokratisierung des politischen Lebens* in den Gemeinden, Kreisen und Ländern. Mit der Ausarbeitung der demokratischen Gemeinde-, Kreis- und Länderverfassungen und der Wahlordnungen wurde die Grundlage für die Entfaltung der Selbstverwaltung in diesen Körperschaften geschaffen und gleichzeitig die Zusammenarbeit der Parteivertretungen in diesen Körperschaften außerordentlich gefördert. Durch diese Verständigung werden nicht nur für die Behebung der Not unseres Volkes und für die Sicherung des Friedens außerordentlich günstige Voraussetzungen geschaffen, sondern auch der Erziehung unseres Volkes zur Demokratie und zur friedlichen Verständigung mit den anderen Völkern ein großer Dienst erwiesen.

Noch ein anderes wichtiges Resultat der Zusammenarbeit und der Verständigung der Parteien ist die von ihnen beschlossene *demokratische Schulreform*, durch die das alte Bildungsprivileg der besitzenden Schichten gebrochen und allen Kindern des gesamten Volkes die gleichen Bildungsmöglichkeiten in einem einheitlich aufgebauten Schulsystem geboten werden. Verbunden

damit ist die Säuberung der Schule von den faschistisch verseuchten Lehrkräften und ihr Ersatz durch die der Demokratie zugetanen und für sie kämpfenden Lehrkräfte, die die Erziehung der Kinder im antifaschistisch-demokratischen, freiheitlichen Geiste gewährleisten.

Alle diese Aufgaben und Maßnahmen der Parteien überragt ihr gemeinsamer Kampf für die *wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands*, die durch die entgegengesetzten Bestrebungen reaktionärer Kräfte im In- und Auslande außerordentlich gefährdet ist. Die im Block vereinigten Parteien haben vom ersten Tage ihrer Zusammenarbeit an auf die Erhaltung der Einheit Deutschlands das größte Gewicht gelegt und in vielen Dokumenten die Notwendigkeit der Einheit und ihren Willen zu ihrer Herstellung zum Ausdruck gebracht. In mehreren großen gemeinsamen Kundgebungen wurde diese große nationale Aufgabe behandelt und in den Mittelpunkt des Interesses unseres Volkes gestellt.

Über viele andere Aufgaben wurde in den zwei Jahren von den Blockparteien eine Verständigung erzielt, die hier nur aufgezählt werden sollen: Hilfe für die Neubauern, Umsiedler, Hochwassergeschädigten und Kriegsgefangenen; zur Sicherung der Ernährung wurden Aufrufe zur Unterstützung der Frühjahrsbestellung und Ernteeinbringung an die städtische und ländliche Bevölkerung gerichtet.

So kann die einheitliche Front der antifaschistisch-demokratischen Parteien in der sowjetischen Besatzungszone mit großer Genugtuung auf die von ihr geleistete Arbeit der zwei Jahre zurückblicken. Alle Versuche, die von außen her unternommen werden, diese Verständigung und Zusammenarbeit zu stören oder gar zu unterbinden, müssen von den Parteien mit aller Entschiedenheit abgewehrt werden. Jede der in dem Gemeinsamen Ausschuß tätigen Parteien hat bewiesen, daß sie sich dabei nur von den Interessen unseres Volkes leiten läßt. Wenn die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in dem Gemeinsamen Ausschuß eine stärkere Initiative entfaltet, so ist das im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß sich in der SED der Wille der werktätigen Massen offenbart, die ehemals von den beiden großen Arbeiterparteien, der SPD und KPD, beeinflußt waren